

TECHNIK UND WIRTSCHAFT

MONATSSCHRIFT DES VEREINES DEUTSCHER
INGENIEURE • REDAKTEUR D. MEYER

9. JAHRG.

SEPTEMBER 1916

9. HEFT

ZUR FRAGE DER DEUTSCHEN AUSZENHANDELS- FÖRDERUNG.

Von Dipl.-Ing. Dr. TH. SCHUCHART, Berlin.

1. Allgemeines.

Die Aufgaben der nationalen äußeren Handelspolitik beschränken sich nicht auf die vertragliche Regelung der Wirtschaftsbeziehungen zum Ausland und ihre Ueberwachung. In stetig zunehmendem Umfang beschäftigt sich dieser Zweig der staatlichen Tätigkeit in der Neuzeit neben anderen Aufgaben mit der Stellungnahme der Nation zum Kampf um den Erwerb ausländischer Märkte und um die Erhaltung des inländischen Marktes für die heimischen Erzeuger. Mit der Entwicklung der Weltwirtschaft und der unablässig verfeinerten Technik hat sich gerade in dieser Hinsicht in den letzten Jahrzehnten der Aufgabenkreis des modernen Staates gewaltig geweitet.

In Erfüllung der Bedürfnisse nationaler Weltwirtschaftsentwicklung ist demgemäß der planmäßigen Förderung des nationalen Außenhandels in allen Handelsstaaten von Bedeutung, vornehmlich aber denjenigen, die stark auf die Ausfuhr feinverarbeiteter Waren angewiesen sind, in immer wachsendem Maße Aufmerksamkeit zugewandt worden. Sogar Handelsnationen zweiter und dritter Ordnung haben sehr beachtenswerte Fortschritte in dieser Richtung erzielt. Diese Betätigung ist um so beachtenswerter, als neuerdings der Weltkrieg und die bevorstehende grundstürzende Neuordnung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen fast allenthalben stark anregend auf sie gewirkt haben.

Neben der außenhandelsfördernden Tätigkeit des Staates steht öfters auch die privater Interessenvereinigungen. Bei der nationalen Außenhandelsförderung handelt es sich daher allgemein um die von staatlicher oder privater Seite organisierten Einzelmaßnahmen technischer und organisatorischer Natur, die im Rahmen der staatsvertraglichen Vereinbarungen zum Ausbau der heimischen Wirtschaftsbeziehungen zu anderen Ländern als geeignet erscheinen. Damit ist als grundlegendes Erfordernis die innige Wechselbeziehung zwischen der auswärtigen Politik und der Gesamtheit der auf die Förderung des heimischen Außenhandels gerichteten Bestrebungen erwiesen. Die im

Rahmen der letzteren gemachten Beobachtungen und Erfahrungen, mögen sie aus amtlichen oder privaten Quellen stammen, bilden organisch die Grundlage der jeweiligen nationalen Außenpolitik, soweit diese wirtschaftliche Interessen berührt.

Die Mittel zur Verwirklichung des Zieles der nationalen Außenhandelsförderung sind überaus mannigfach. Zum allergrößten Teil knüpfen sie an den Wirtschaftsnachrichtendienst vom Auslande als die grundlegende Voraussetzung ertragreicher ausländischer Handelsbeziehungen an. Es ist dies ein Nachrichtendienst, der die wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Entwicklung des Auslandes verfolgt, soweit es zur Förderung der eigenen nationalen außenwirtschaftlichen Beziehungen und der Wettbewerbfähigkeit der heimischen Wirtschaft geeignet ist oder je nach Umständen geeignet zu sein verspricht. Unter diesem großen Gesichtspunkt wird neben der Gewinnung und Verarbeitung von Nachrichten über Marktverhältnisse vornehmlich den ausländischen Erzeugungs- und Handelsverhältnissen im allgemeinen und besonderen, der zugehörigen Statistik, den Geld- und Verkehrsverhältnissen, der wirtschafts- und handelspolitischen Gesetzgebung einschließlich der Zollbestimmungen und der Auslegung von Handelsverträgen Beachtung zugewandt; ferner werden staatswirtschaftliche, privatwirtschaftliche und wirtschaftsgeographische Materialien aller Art, Warenmuster und Preislisten gesammelt, endlich auch einschlägige Presse- und literarische Veröffentlichungen untersucht und ausgewertet. Es handelt sich also um einen eingehenden Dienst, bei dem im weiteren Sinne alle Mittel, die rein technisch, technisch-kaufmännisch und organisatorisch zur Anknüpfung, Entwicklung und Sicherung geschäftlicher Verbindungen mit dem Auslande und zur Hebung der eigenen Wettbewerbfähigkeit förderlich erscheinen, beschafft und für die Benutzung durch das heimische Wirtschaftsleben bereitgestellt werden.

Im Rahmen einer solchen Sammlung und Verarbeitung ausländischer Wirtschaftsnachrichten liegt naturgemäß auch die Beobachtung der Auslandspresse, soweit sie für die Stoffgewinnung belangreich ist. Hierbei steht die Tatsachenermittlung durchaus im Vordergrund. Vielfach aber erheischt es das allgemeine und nationale Interesse, den durch die Entwicklung oder durch die Tatsachenermittlung geknüpften Faden in der Inland- oder Auslandspresse mit Hilfe zeitgemäßer Mittel weiter fortzuspinnen, ganz abgesehen von der Nur-Tatsachenverbreitung im Inlande: der eingehende Dienst verlangt enge Verbindung mit der inländischen Presse und dem ausgehenden Nachrichtendienst. Mit Rücksicht auf die erforderliche unmittelbare Verwertung des Materiales können jene Verbindungen technisch befriedigend nur unter Verwendung von Fachleuten der Presse, Zeitungsnachrichtenzentralen und besonderen Telegraphenbureaus hergestellt werden, Stellen, die imstande sind, das nationale und allgemeine Neuigkeitsinteresse zu beurteilen, und die auch über den jederzeit bereiten, zur Weiterbehandlung und nötigenfalls zu Gegenzügen in der heimischen und ausländischen Presse unerläßlichen Auskunft- und Verbreitungsapparat verfügen. Für den Bereich dieser besonderen Aufgaben ergibt sich also hier ohne weiteres eine organisatorische Trennung von der Organisation des eingehenden ausländischen Wirtschaftsnachrichtendienstes, wie ihn die heimische Geschäftswelt nötig hat. Ein Gleiches gilt auch für die telegraphische Uebermittlung von regelmäßig erscheinenden

den Kursnotierungen und ähnlichen Sondermeldungen aus dem Wirtschafts- und Verkehrsleben des Auslandes, umso mehr als dieser Dienst im allgemeinen nur bei weitestgehender Zusammenfassung der Interessenten mit wirtschaftlichem Erfolge organisierbar ist¹⁾. Trotz dieser aus technischen Gründen erforderlichen Selbständigkeit ist mit Rücksicht auf die Auswertung des Stoffes eine enge Verbindung zwischen dem Organisationsbereich des eingehenden Wirtschaftsnachrichtendienstes und jenen verwertenden und ergänzenden Sondergebieten notwendig. Es wird sogar erforderlich sein, diese unter Umständen um weitere zu vermehren und nach Sondergesichtspunkten auszugliedern, wie beispielsweise für den nationalen ausgehenden Wirtschaftsnachrichtendienst, soweit er den Landesinteressen zu nützen vermag.

Sind so die Grundlagen und sachlichen Abgrenzungen für den organisatorischen Aufbau des eingehenden Auslands-Wirtschaftsnachrichtendienstes festgestellt, so ergibt sich zusätzlich nur noch die Förderung, die Gewinnungs- und Sammeltätigkeit nach der Seite der bestmöglichen Auswertung des Materiales durch die Geschäftswelt zu ergänzen. Dies geschieht in dem organischen Anschluß eines leistungsfähigen Aufbereitungs-, Verbreitungs-, Archiv- und Auskunftsdienstes. Damit sind auch die sämtlichen sachlichen Aufgaben des nationalen Außenhandelsförderungsdienstes im engeren Sinne nach ihren Grundzügen klargelegt.

Ueber den allgemeinen Organisationsgrundsatz des gesamten Auslands-Wirtschaftsnachrichtendienstes kann Unsicherheit kaum bestehen. Da das nationale Wirtschaftsleben in seiner geschlossenen Gesamtheit an der Arbeit eines solchen Dienstes interessiert ist, zum andern aber eine Abtrennung und Vonselbständigkeit einzelner Berichtgebiete, selbst bei Anerkennung sachlicher oder geographischer Grenzen, schon mit Rücksicht auf die vielseitigen Berührungspunkte untereinander den Gesamterfolg leicht gefährden würde, so ist die Anwendung des Grundsatzes der Zentralisation von vornherein gegeben. Zur Erzielung der höchstmöglichen Leistungsfähigkeit und inneren Reibungsfreiheit der Organisation ist die einheitliche Gewinnung, die Zusammenfassung des vollständigen, überhaupt erreichbaren Wirtschaftsnachrichtensstoffes, soweit eben seine Kenntnis aus nationalwirtschaftlichen Gründen erwünscht ist, und endlich die Nutzbarmachung und Zuführung der gewonnenen Erkenntnisse durch ein Zentralorgan unerlässlich.

In enger Beziehung mit dem so gekennzeichneten allgemeinen Wirtschaftsnachrichtendienst vom Ausland steht der besondere Auskunftsdienst zur Förderung heimischer Wirtschaftsinteressen, der zur Obliegenheit der Amtsvertretungen im Ausland zu gehören pflegt. Er beruht in der Hauptsache auf der Beantwortung von Einzelfragen, die sich auf die Mitteilung von Adressen deutscher Abnehmer und Lieferanten, Kreditauskünfte, Zollverhältnisse, die Marktlage und dergl. beziehen. Dieser Dienst wird von den Amtstellen weiter ergänzt durch die Gewährung von Rechtshilfe und die Mitwirkung bei Erledigung von Rechtsstreitigkeiten, soweit sie auf die Verwirklichung geschäftlicher Beziehungen mit dem Auslande von Einfluß sind.

¹⁾ Dies ist bisher durch das „Commercial Telegraph Bureau“ in London geschehen, von dem u. a. auch der entsprechende Zweig des Wolffschen Telegraphenbureaus in Friedenszeiten hauptsächlich gespeist wurde.

Dieser letztere Dienst tritt jedoch — was nachdrücklich betont zu werden verdient — in seiner Bedeutung für den internationalen Güteraustausch hinter dem eigentlichen Wirtschaftsnachrichtendienst in der neueren Zeit erheblich zurück, zumal es sich hier weniger um die Anwendung und Durchführung der bestehenden Rechtsgrundsätze und die Beurteilung im Einzelfalle, als um die allgemeine Beratung beim Beschreiten des Rechtsweges im Auslande zu handeln pflegt. Für die Beurteilung der Organisationsbedürfnisse in ihrer Gesamtheit ist in der Regel weitaus ausschlaggebend, was die Anknüpfung und Ausdehnung von Wirtschaftsbeziehungen der heimischen Wirtschaftskreise ermöglicht und erleichtert. Der wirtschaftliche Auslandsnachrichtendienst in allgemeinen und Sonderfragen ist heute deshalb als das eigentliche Rückgrat aller auf die nationale Außenhandelsförderung gerichteten Bestrebungen anzusehen. Er ist die sachliche Voraussetzung für den Betrieb der Zentralauskunftstelle und des dazu notwendigen Weltwirtschaftsarchivs.

II. Aus der Entwicklung der Außenhandelsförderungsbestrebungen der Haupthandelsstaaten.

Es entspricht durchaus den allgemeinen Anschauungen über die Aufgabe des modernen Staates, daß die zur Ausgestaltung des Wirtschaftsnachrichtendienstes vom Auslande erforderlichen Einrichtungen zu seinen Obliegenheiten gehören, soweit sie allgemeinen nationalen Interessen dienen. Dabei ist es natürlich nicht erforderlich, daß sich der Staat bei seinen Einrichtungen ausschließlich auf die Verwendung staatlicher Organe beschränkt. Vergleiche lehren: Je breiter und tiefer der Strom der Wirtschaftsnachrichten aus dem Auslande, je besser ihr sachlicher Inhalt, je schneller die Uebermittlung und je sachkundiger die Verarbeitung und Verbreitung sind, desto besser wird es im allgemeinen um den Außenhandelsförderungsdienst eines Landes bestellt sein. Von entscheidender Bedeutung ist lediglich, in welchem Umfange die staatliche oder die unter staatlichem Einfluß stehende Organisation in praktischer Weise den Bedürfnissen des nationalen Wirtschaftslebens zu entsprechen vermag.

Die hierzu beschrittenen Wege waren in früherer Zeit allenthalben fast die gleichen. Da die Verpflichtung des Staates für die Pfllege und Organisation des Wirtschaftsnachrichtendienstes vom Auslande seit langem als anerkannt gilt, wurde zunächst die Lieferung der gewünschten Nachrichten und Materialien ausschließlich den im Auslande ansässigen Amtsvertretern anvertraut, vor allen den Konsuln. Ein solches Verfahren konnte sich allerdings nur so lange bewähren, als die Entfesselung des Wettbewerbes am Weltmarkt durch die Entwicklung des Weltverkehrs und der neuzeitlichen Technik noch nicht stattgefunden hatte und andererseits der Umfang der sonstigen konsularischen Tätigkeit noch nicht so groß war wie heute. Sobald sich dieser Wandel bemerkbar machte, entstanden in allen Haupthandelsstaaten Bewegungen, die auf eine zeitgemäße Um- und Ausgestaltung des amtlichen Wirtschaftsnachrichtendienstes vom Auslande drängten und bezeichnenderweise beinahe gleichzeitig, um die Jahrhundertwende, praktische Neuerungen zeitigten. Fast übereinstimmend erfolgten diese Verbesserungen in dem Sinne, daß für die Wirtschaftsnachrichtenerstattung vom Auslande neben den

Konsuln zusätzliche Organe besonderer Eignung bestellt wurden und die Nachrichtenversorgung selbst sowie der Auskunftsdienst zeitgemäßen Erfordernissen und Mitteln entsprechend ausgebaut wurde.

Die Art der Durchführung dieser fast allgemeinen neuzeitlichen Umordnung des Dienstes war entsprechend den besonderen Verhältnissen bei den einzelnen Haupthandelsstaaten sehr verschieden²⁾.

England schuf sich 1900 in der Commercial Intelligence Branche, einer Abteilung des Board of Trade, eine Handelsnachrichtenzentrale und Vermittlungsstelle, die mit neuzeitlichen Mitteln in umfassender, gründlicher und technisch befriedigender Weise unter Verwendung der amtlichen Organe und der sehr zahlreichen englischen Handelsvertretungen im Auslande tätig ist. Sie wurde lange Zeit an Leistungsfähigkeit von den zweckverwandten Organisationen irgend eines anderen Landes nicht übertroffen. Während des Krieges hat sich dieses Bureau nach verschiedenen Richtungen weiter bedeutsam entwickelt. Der hauptsächlichste Mangel, unter dem es nach dem Urteil der englischen Geschäftswelt leidet, hat darin seine Ursache, daß das Board of Trade über einen verfassungsmäßigen Sitz im Kabinett nicht verfügt und so durch die Einflüsse des Auswärtigen Amtes, des Indischen und des Kolonialamtes in seiner Beweglichkeit erheblich behindert ist. Besserungsbestrebungen sind seit langem im Gange.

Frankreich errichtete 1898 in enger Verbindung mit seinem Ministerium für Handel und Industrie ein Office Nationale du Commerce extérieur, ein Institut, das ebenfalls zur Förderung des Außenhandels im großen Stil dient und sich in geschickter Weise durch ehrenamtliche Heranziehung im Auslande ansässiger französischer Kaufleute zu Handelsbeiräten einen vorzüglichen, wenn auch nicht dem Worte, so doch der Sache nach amtlichen Auskunftapparat geschaffen hat.

Auch bei der jungen Großmacht des fernen Ostens, den Japanern, macht sich in den letzten Jahren eine bemerkenswerte Regsamkeit auf dem Gebiete des ausländischen Wirtschaftsnachrichtenwesens geltend. Leider sind Einzelheiten der organisatorischen Durchbildung der getroffenen Einrichtungen nicht bekannt geworden. Doch erstreckt sich der japanische Eifer längst nicht mehr auf die unmittelbar benachbarten Einflußgebiete, sondern er hat auch auf die amerikanischen und europäischen Länder hinübergegriffen. So erregte es in europäischen Fachkreisen großes Aufsehen, als vor einigen Jahren der japanische Gesandte in Wien bei der Vergebung einer großen Röhrenleitung in Jassy innerhalb dreier Tage ein durchaus brauchbares Angebot vorzulegen vermochte. Gerade während des Krieges hat die japanische Regierung das Netz ihrer Wirtschaftsunterweisungsstellen über Länder, die von ihr früher wirtschaftlich kaum ernsthaft beachtet wurden, weitergesponnen. Ein Beispiel dafür gibt u. a. auch der ständige Ausbau ihrer Vertretungen in Mittel- und Südamerika, sowie in Europa. So hat sie jüngst in der Schweiz eine größere Anzahl Konsulate eingerichtet, die, da die Zahl der in der Schweiz ansässigen Japaner bedeutungslos ist, ausschließlich der Förderung der japanischen Handelsbeziehungen, also zunächst dem Wirtschaftsnachrichtendienst Japans, dienen.

²⁾ Einzelheiten bei N. Hansen: Welthandelsförderungsstellen des Auslandes, Remscheid 1914.

Zweifellos die größten Anstrengungen sind aber in den letzten Jahren von den Vereinigten Staaten in der Außenhandelsförderung gemacht worden. Die Anfänge gehen auf das Philadelphia Commercial Museum zurück, das sich als International Commercial Bureau seit 1899 in Form eines privaten Unternehmens zu einem großen amerikanischen Handelsbureau mit zahlreichen Sonderzweigen entwickelte. Etwa 1908 schuf sich die Union in der Wirtschaftsabteilung der Pan-American Union ein besonders für die Außenhandelsförderung in den Ländern des amerikanischen Erdteiles höchst bedeutsames weiteres Werkzeug. Das Eigentümliche dieser Gründung beruht in der geschickten Verquickung von Auslandsgeschäft und Außenpolitik, durch die ihre Leiter unter aktiver Förderung der Bundesregierung, deren Einfluß den der mitteiligten Staaten weitaus überragt, die Verwirklichung der Monroe-Doktrin auf wirtschaftlichem Gebiete durchzusetzen trachten. Nebenher geht in den letzten Jahren der großartige Ausbau der Einrichtungen des bundesstaatlichen Handelsamtes, dessen Tätigkeit für den amerikanischen Außenhandel deutscherseits leider bisher noch viel zu geringe Beachtung zugemessen wurde. Organisatorisch interessant ist, daß dieses Amt mit der Wirtschaftsabteilung der Pan-American Union alles einschlägige Material austauscht und so alle Doppelarbeit mit Sicherheit vermieden wird. Fast kein Jahr vergeht, in dem nicht die im Handelsamt getroffenen Einrichtungen verbessert werden. Unter der Wirkung des Krieges sind diese Bestrebungen mit besonderer Energie weiter gefördert worden. Während die Kosten für das Jahr 1915 510 600 Dollar, für 1916 532 700 Dollar betragen, plant man für 1917 eine Erhöhung der Ausgaben auf 1 231 810 Dollar³⁾. In Anbetracht der großen Mittel und des außerordentlichen Eifers der amerikanischen Regierung wie der Geschäftswelt, den Ausbau des Amtes zu fördern, ist mit Gewißheit zu erwarten, daß, wenn die Entwicklung in gleichem Sinne drüben noch einige Jahre so erfolgreich wie bisher weiterschreitet, der amtliche Wirtschaftsnachrichtendienst der Vereinigten Staaten vorbildlich für alle übrigen Länder werden wird. Die auf diesem Gebiet aufgewendete Tatkraft läßt sich nur daraus erklären, daß das amerikanische Volk sich zu der Erkenntnis durchgerungen hat, daß seine große weltwirtschaftliche Zukunft in erster Linie in der Steigerung seiner Beteiligung am Weltgeschäft liegt.

Rückblickend stellen wir also folgendes fest: Der Staat betrachtet nach wie vor die Organisation des wirtschaftlichen Auslandsnachrichtendienstes im Sinne der Erfüllung zeitgemäßer Bedürfnisse des Wirtschaftslebens als seine wichtige Aufgabe. Allen jenen amtlichen oder unter amtlicher Aufsicht stehenden Einrichtungen in den verschiedenen Haupthandelsstaaten ist das Ziel eigen, daß sie den Trägern der Wirtschaft durch Vermittlung einer Zentralstelle einen alle Interessengebiete umfassenden möglichst leistungsfähigen Apparat zur Gewinnung von ausländischen Wirtschaftsnachrichten zur Verfügung stellen, dem die erforderlichen Einrichtungen zur Sammlung, Aufbereitung und Auswertung des Materiales angegliedert sind. Lediglich vom nutzbaren Wert dieser Einrichtungen für das nationale Wirtschaftsleben hängt

³⁾ Ausführlich bei Th. Schuchart: Ueber den Ausbau der amtlichen amerikanischen Außenhandelsförderung im Zeichen des Krieges, „Technik und Wirtschaft“ 1916 S. 137.

es ab, wie weit sich dieses zur Gründung ergänzender, auf privater Grundlage beruhender Einrichtungen veranlaßt sieht. Solche privaten Sonderveranstaltungen sind in allen Ländern unseres hauptsächlichen Wettbewerbes verhältnismäßig wenig zahlreich. Das dürfte der beste Beweis dafür sein, daß die von jenen Staaten getroffenen Maßnahmen den Anforderungen der Geschäftswelt im ganzen entsprechen, d. h. daß die betreffenden Staatswesen in der Tat den veränderten und erhöhten Bedürfnissen des Wirtschaftslebens Rechnung zu tragen verstanden haben.

In diesem Zusammenhang nehmen lediglich die Auslandshandelskammern eine Ausnahmestellung ein. Sie lassen sich auf ganz vorwiegend privater Grundlage die Förderung der nationalen Handelsbeziehungen zu bestimmten wichtigen Handelsplätzen angelegen sein. Gerade diejenigen waren im allgemeinen am erfolgreichsten, die sich als vollkommen freie Handelsorganisationen ohne materielle Unterstützung und Beeinflussung durch ihre Regierungen betätigten. Sie suchen also eine organisatorische Zusammenfassung der auf einen bestimmten Platz gerichteten nationalen Handelsbestrebungen durchzuführen und damit eine ergänzende Spezialisierung und Vertiefung im Anschluß an die amtlich getroffenen Einrichtungen zu erreichen.

England, Frankreich und die Vereinigten Staaten haben von diesem Mittel der Außenhandelsförderung in besonders großem Umfange Gebrauch gemacht. Die Zahl der englischen Außenhandelskammern ist infolge der gewaltigen Zahl der in England und seinen Kolonien vorhandenen Handelskammern nicht sonderlich groß, 1905 wurde sie mit 5 angegeben. Der Löwenteil entfällt auf Frankreich. Dies besaß im Jahre 1912 etwa 30, während die Vereinigten Staaten, die im Jahre 1894 in Paris ihre erste Auslandshandelskammer gründeten, jetzt etwa 10 derselben haben. Während des Krieges haben gerade sie mit Eifer diese Bewegung, z. B. durch Errichtung von Handelskammern in Rußland⁴⁾, zu fördern vermocht. Offenbar mit ähnlich befriedigendem Erfolg haben von der Einrichtung der Auslandshandelskammern auch die kleineren Handelsstaaten mehr und mehr Gebrauch gemacht. Die ständig steigende Beachtung, welche die Auslandshandelskammer im Rahmen der Auslandshandelsförderungsbestrebungen findet, darf wohl als Zeichen dafür angesehen werden, daß sich diese Einrichtung als private Organisation neben der Einrichtung der staatlichen Außenhandelsförderung voll bewährt hat und sich auch für den Umfang der gesamten nationalen Wirtschaftsinteressen bezahlt macht.

Beiläufig sei hier gleich bemerkt, daß von deutschen Auslandshandelskammern bisher nur sehr wenig bekannt geworden ist. Die einzigen früher in Brüssel (gegr. 1894) und Bukarest (gegr. 1902) bestehenden Kammern sind schon vor Jahren, wie es hieß, aus Mangel an Geldmitteln eingegangen. Ein gleiches Schicksal erlebte auch bei Kriegsausbruch die erst kurze Zeit bestehende deutsche Auslandshandelskammer in Genf. Alle diese Kammern erhielten von amtlicher Seite keine Geldunterstützungen.

⁴⁾ Es wurden kürzlich in Petersburg, Moskau, Charkow, Kiew und Odessa amerikanische Handelskammern errichtet. In Charkow folgten England und Frankreich sogleich dem amerikanischen Beispiel.

Eine eigentümliche Stellung nimmt die 1913 in New York gegründete Chamber of German American Commerce ein. Sie verdankt ihr Entstehen einem Kreise New Yorker Firmen, die hauptsächlich an der Einfuhr deutscher Waren interessiert sind. Nennenswerte Unterstützung zumal von Interessenten des heimischen Wirtschaftslebens hat dieses Unternehmen, das mit recht bescheidenen Mitteln arbeitet, noch nicht gefunden. Wenngleich diese Kammer sich gerade während des Krieges auch recht aner kennenswert, insbesondere auf dem Gebiete der deutschen Auslandsaufklärung betätigt hat, so ist doch ihre Bedeutung auf wirtschaftlichem Gebiet nur unerheblich, und es scheint zweifelhaft, ob sie sich auf die Dauer wird halten können.

III. Die Entwicklung in Deutschland.

a) Der amtliche Wirtschaftsnachrichtendienst.

In augenfälligem Gegensatz zu der Entwicklung in den sonstigen Haupt-handelsländern kann von durchgreifenden Verbesserungen des deutschen amtlichen Wirtschaftsnachrichtendienstes vom Ausland in den letzten Jahrzehnten nicht gesprochen werden. Wenn auch anzuerkennen ist, daß dieser Dienst an Umfang und Vielseitigkeit gewachsen ist und sich gelegentlich auch seine Beschaffenheit gebessert hat, so ist doch in dem System seiner Beschaffung, in seinem sachlichen Inhalt sowie seiner Bearbeitung und Auswertung kein Wechsel eingetreten. Es läßt sich die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß wir auf diesem Gebiet mit den Bedürfnisveränderungen, welche die Entwicklung zur Weltwirtschaft brachte, Schritt zu halten nicht vermocht haben.

Wir fragen uns, wie war dies möglich; wie ist es überhaupt denkbar, daß bis heute unser amtliches Wirtschaftsnachrichtenwesen über den Rahmen der wenigen Neuverordnungen, die in amtlichen Runderlassen niedergelegt sind und sich meist nur mit Einzelheiten beschäftigen, noch immer nicht modernen Mitteln und Verhältnissen entsprechend wirklich durchgreifend umgestaltet worden ist? Jene Umwälzung in den außenwirtschaftlichen Verhältnissen, welche die Anwendung aller neuzeitlichen Erkenntnisse längst gebieterisch erzwang, haben wir Deutsche in ihrer Wirkung durchaus nicht weniger als unsere Weltmarktmitbewerber empfunden und begriffen. So konnte es auch an mannigfachen Vorschlägen zur Besserung des auf diesem Gebiet einmal Versäumten nicht fehlen. Das Problem der Außenhandelsförderung, das bei uns schon Ende der achtziger Jahre in seinen wesentlichen Zügen erkannt war, blieb darum fast unablässig lebendig. Es erlebte von privater Seite in praktischer und wissenschaftlicher Richtung eine so gründliche Durcharbeitung, wie sie wohl selten von deutschen Interessentenzusammenschlüssen Einzelaufgaben zugewendet wurde. U. a. erhellt das daraus, daß manche der vor vielen Jahren verfaßten Arbeiten in ihrer Problemstellung, Materialiensammlung und Beweisführung bis heute noch nicht einmal veraltet sind⁵⁾.

⁵⁾ Vor allem ist hier zu nennen die ausgezeichnete Arbeit des Generalsekretärs des Bundes der Industriellen Dr. W. Wendland: Die Förderung des Außenhandels. Entstehen und Wirken der Handelsmuseen, Exportmusterlager, Handelsauskunftstellen und ähnlichen Einrichtungen des In- und Auslandes und die sich im Interesse des deutschen Außenhandels daraus ergebenden Forderungen. Halle 1907.

Doch über der Verwirklichung aller Pläne, so gut sie auch gedacht waren, waltete bis auf den heutigen Tag ein Unstern. Schon 1907 schrieb Dr. Wendland nach mehr als 10jähriger fruchtloser Arbeit im Interesse der Gründung einer deutschen Welthandelsförderungsstelle:

„Es muß Befremden erregen, daß von den Welthandelsmächten allein Deutschland, das als Exportland der Masse seines gesamten Außenhandels nach den Vorrang vor Frankreich hat, England immer näher rückt, mit den Vereinigten Staaten einen heißen Konkurrenzkampf ausficht und unter allen Exportländern den dritten Platz behauptet, von den Mitteln des nationalen Außenhandels noch keinen Gebrauch gemacht hat. Sowohl rein historisch genommen, wie aus praktischen und taktischen Gründen ist eine zentrale Handelsauskunftsstelle fällig.“

Daß 1908 der Plan fiel, dessen Bedürfnis Industrie und Handel fast einmütig anerkannten, lag an der mangelhaften Geschlossenheit unserer damaligen Privatwirtschaftsinteressenorganisation und der ihnen anhaftenden Kleinzigigkeit.

Ueber jenen Fehlschlag sind nun bald wieder 10 Jahre verflossen, ohne daß man der Ausführung näher gekommen wäre. Mit dem Entwurf einer „Deutschen Gesellschaft für Welthandel“ trat Anfang 1914 der Gedanke einer nationalen Welthandelsförderungs- und Auskunftsorganisation zum letzten Mal in den Vordergrund. So weitsichtig und groß seine Durchführung auch gedacht war, und so hervorragende Männer des deutschen Wirtschaftslebens sich für ihn einsetzten, so blieb doch auch dieses Mal die Verwirklichung versagt, und jene hoffnungsvolle Bewegung verlief, wie alle Besserungsvorschläge vorher, ohne zur Klärung über die grundsätzlich zu beschreitenden Wege innenorganisatorischer Energieverteilung geführt zu haben, im Sande, obgleich man sich über die Organisation des äußeren Betätigungskreises nahezu vollkommen einig war.

Das treibende Element waren stets bei uns in jener Frage Industrie und Handel. Sicherlich wäre ihren Bestrebungen ein erheblich besserer Erfolg beschieden gewesen, wenn es möglich gewesen wäre, sich bei Beratung und Durchführung der vorliegenden Anregungen enger an die Regierung anzulehnen. Von dieser aber, von der man die Führung auch auf dem Gebiete der nationalen Außenhandelsförderung hätte erwarten sollen, geschah kaum etwas von einschneidender Bedeutung. Hier fehlte fast immer die Initiative. Dies lag in der Hauptsache an ihrem inneren historisch begründeten Widerstand: es fiel ihr als Erbin des sich nur langsam zur Würdigung des kaufmännischen und technischen Schwergewichts anschließenden Beamtengeistes schwer, die Konsuln mit den dringenden und an Schwierigkeit und Umfang unausgesetzt wachsenden Aufgaben der Wirtschaftsberichterstattung zu behelligen, zumal sie diesen als eine Herabwürdigung zum Geschäftsbureau und Auskunfts-bureau erscheinen mochten. Man begrenzte vielmehr mit Entschiedenheit die Wirtschaftsberichterstattung der Konsuln auf diejenige „über den allgemeinen Gang des Wirtschaftslebens und dessen Entwicklungstendenzen“, und bestimmte, daß die Berichte „den breiten Horizont liefern sollten zu dem, was der kaufmännische Nachrichtendienst allein leiste“⁶⁾. Zudem schreckte

⁶⁾ Vergleiche Dr. Joachim Graßmann, Deutsche Konsularberichterstattung, Berlin 1910, Seite 14.

die Regierung auch wohl vor der Neuordnung zurück, die eine eingreifende Veränderung des Bestehenden den eignen Verwaltungskörpern hätte bringen müssen.

Immerhin verstand sich die Regierung dazu, wohl ohne sich über die weittragende Bedeutung der neueren Entwicklung genügend klar zu werden, den Bedürfnissen der heimischen Geschäftswelt durch eine einzelne Neuerung des amtlichen Dienstes entgegen zu kommen: durch die Anstellung von Handelssachverständigen. Diese werden seit 1889 für einzelne Länder den Gesandtschaften und Generalkonsulaten beigegeben. Zur Zeit sind im ganzen dreizehn derartige Posten besetzt. Durch sie hat man also für eine Entlastung der Konsuln auf dem Gebiete der Wirtschaftsberichterstattung in der Tat vorzusorgen gesucht. Man beging nur den großen Fehler, daß man dies in vollkommen ungenügendem Umfang tat. Was sind dreizehn Handelssachverständige auf 785 Konsulate, von denen nahezu noch nur 141 Berufskonsulate sind ⁷⁾, bei einem Außenhandel (Spezialhandel) im Werte von mehr als 20 Milliarden Mark im Jahr? Aber auch die organisatorische Gestaltung der Handelssachverständigeneinrichtung wird trotz der inzwischen gesammelten Erfahrung bis heute noch von fachlicher Seite durchweg wenig günstig beurteilt. So ist denn der praktische Nutzen auch dieser an sich erwünschten Verbesserung für den deutschen Außenhandel, gemessen an den Erfolgen ähnlicher Einrichtungen unserer Hauptmitbewerber am Weltmarkt, bisher sehr bescheiden geblieben.

In erfreulichem Gegensatz zu den unerheblichen Fortschritten auf dem Gebiete des amtlichen Wirtschaftsnachrichtendienstes steht der andere geschäftlich wichtige Zweig der konsularischen Tätigkeit, die Unterstützung der heimischen Geschäftswelt in Rechtsfragen. Sie hielt mit der Entwicklung der Geschäfte wenigstens einigermaßen Schritt. Trotz stetiger Zunahme erledigt sich dieser Zweig im ganzen verhältnismäßig glatt und mühelos, weil es sich hier vielfach um wiederkehrende Arbeiten gleicher Art handelt. Sicherlich hat die hier geleistete Arbeit die Abwicklung unserer Auslandsgeschäfte nützlich unterstützt.

Indessen auf die Gesamtwirkung bezogen ist für die Leistungen dieses sowie des konsularischen Wirtschaftsnachrichtendienstes natürlich zunächst der Umfang von Arbeitskraft entscheidend, den der Konsul für diese Zweige aufzuwenden vermag. Und da bestätigt auch die Beobachtung in anderen Ländern fast allgemein, daß die Entwicklung des modernen Staates im Zeitalter des Weltverkehrs für die Konsuln eine stark wachsende Belastung mit Verwaltungsarbeiten sowie politischen und diplomatischen Aufgaben gebracht hat. Daraus ergibt sich ohne weiteres — das gilt besonders für die deutschen Konsuln, die sich vielfach vor der Erledigung von Verwaltungsakten und Förmlichkeiten staatsbürgerlicher und notarieller Natur nicht zu retten wissen —, daß bei der bisherigen Arbeitsteilung seitens der Konsuln im Ausland wirtschaftlichen Fragen beim besten Willen nur ein allgemeines und beiläufiges Interesse zugewandt werden kann, selbst wenn sogar die dazu heute unbedingt erforderliche wirtschaftliche Bildung bei ihnen vorhanden sein sollte. Wenn also auf dem Gebiete des amtlichen Auslands-Wirtschaftsnachrichten-

⁷⁾ nach dem Stande von 1913.

dienstes etwas geleistet werden soll, sind entweder die Konsuln von anderen Arbeiten zu entlasten, oder aber es sind, da dies selten mit durchgreifender Wirkung möglich ist, Organe zu bestellen, die sich, durch eine zweckentsprechende Vorbildung unterstützt, ausschließlich und in hinreichender Unabhängigkeit von den Konsuln den Aufgaben des Wirtschaftsnachrichtendienstes zuwenden.

In der Regel sind, wie der Werdegang der dem Auslands-Wirtschaftsnachrichtendienst dienenden Einrichtungen in den übrigen Haupthandelsländern lehrt, die Wirkung und der Umfang des staatlichen Eingreifens auf diesem Gebiet von dem Maße wirtschaftspolitischer Sachkunde und Einsicht, aber auch von der Beweglichkeit und Anpassungsfähigkeit abhängig, welche die Regierungsmaschine gegenüber den neuzeitlich veränderten Bedürfnissen des heimischen Wirtschaftslebens aufzuwenden vermag. Eine tunlichst innige Berührung mit der Praxis des nationalen Wirtschaftslebens ist deshalb für den Erfolg die erste Voraussetzung. So regsam und vielseitig in Deutschland seit vielen Jahren die Bemühungen der nächstbeteiligten Wirtschaftskreise sind, bei den verantwortlichen Stellen durch enge Fühlungnahme aufklärend und auslösend zu wirken, so lehrt die Entwicklung leider eindeutig, daß trotzdem auf diesem Wege bisher nur verschwindende Erfolge bei uns erzielt worden sind. Zur Ueberwindung des Beharrungszustandes eines Staatsmechanismus von solcher inneren Gesundheit und Tradition wie des deutsch-preußischen gehören gewaltige Kräfte. Ein Blick auf die geschichtliche Entwicklung zeigt, daß die Regierung so gut wie nie in den so wichtigen Fragen der organisatorisch-technischen Außenhandelsförderung die Führung übernahm, sondern daß es in der Regel der nachdrücklichsten Anregung von politisch einflußreicher Seite bedurfte, deren Anträge dann im politischen Geschäft der Parteien, der jeweiligen Kräfteverteilung entsprechend, vermarktet wurden. Selbst wenn sich aber in der Tat die geistige Einstellung der Verwaltung und ihres Beamtentums auf neue Anschauungen und Aufgabenkreise vollzieht, benötigt es erfahrungsgemäß bei unserer Verwaltungspraxis oft recht langer Zeit, um die organisatorischen Formen entsprechend der neuen Technik der Arbeitsmittel und des Arbeitsstiles innerlich umzugestalten. Um so größer ist der Widerstand, wenn eine solche Wandlung wie hier einen Systemwechsel nötig macht, nicht nur eine einschneidende Aenderung der Vorbildung und des Gesichtskreises der Beamtenschaft, sondern eine allgemeine Einschränkung des überkommenen juristisch-administratorischen Elementes gegenüber dem technisch-wirtschaftlichen in den leitenden wie den ausführenden Organen.

Diese innere Wandlung begegnet bei uns praktisch ungeheuren Schwierigkeiten aber auch deshalb, weil die im heimischen Wirtschaftsleben vertretenen Interessen bisher in der Volksvertretung nicht das der steigenden national-wirtschaftlichen Bedeutung in Wirklichkeit entsprechende Stimmgewicht haben, auch die lebendige Fühlung gerade zwischen diesen Kreisen und der Regierung vielfach zu wünschen übrig läßt. Wie lange dauert es oft allein, bis eine Anregung die für sie wirklich in Betracht kommende Stelle gefunden und diese die Beziehungen zu den für die Weiterbehandlung mitwirkenden Verwaltungszweigen aufgenommen hat!

Zum anderen aber bestand und besteht in unserem Volke noch heute die häufige, wenn auch nicht ausgesprochene tiefwurzelnde Anschauung, daß in

der amtlichen Förderung des Außenhandels eine Unterstützung von Einzelinteressen zu erblicken sei, und daß sie deshalb staatliche Zuwendungen allenfalls nur mittelbar — also in entsprechender Beschränkung — zu rechtfertigen vermöge. Bis zum Kriege dachte der Durchschnittsdeutsche in dieser Hinsicht viel zu eng und individualistisch, und dies hinderte, daß bei uns bisher längst nicht in dem Maße wie in anderen Ländern der Gedanke Gemeingut geworden ist, daß die planmäßige staatliche Außenhandelsförderung eine unmittelbar im nationalen Lebensinteresse gelegene Angelegenheit ist. Geradezu vorbildlich stehen uns hier die praktisch-geschäftlich veranlagten Amerikaner gegenüber. Obgleich sich bei ihnen die innenpolitischen Gegensätze kaum schwächer als bei uns gegenüber stehen, hat man es in der Union mit geradezu glänzendem Erfolge verstanden, jener Vorstellung im Laufe weniger Jahre in dem Hirn der Massen, gleichgültig welcher Partei sie angehören, Raum zu verschaffen. Nur so ist das gewaltige Anwachsen und die Einmütigkeit aller amerikanischen Bestrebungen, die auf die nationale Förderung des Außenhandels hinauslaufen, zu verstehen, nur als Ergebnis jener musterhaften Aufklärungsarbeit, die in harmonischem Zusammenwirken von der Regierung und den leitenden Kreisen des Wirtschaftslebens, besonders den Großbanken, geleistet wurde.

Aber auch das Zusammenarbeiten von Regierung und Privatwirtschaft bei der praktischen Lösung bestimmter nationaler Aufgaben außenpolitischen Interesses begegnet, selbst wenn auf beiden Seiten der beste Wille vorhanden ist, bei uns vielfach besonderen Schwierigkeiten. Man hat neuerdings öfter versucht, auf gemischt-wirtschaftlicher Grundlage Organisationen zur Förderung der politischen und wirtschaftlichen Stellung der Nation im Ausland ins Leben zu rufen, bei denen sich die Regierung neben dem privaten Kapital mit finanzieller Unterstützung beteiligte. Die bisherigen Erfahrungen mit solchen Gründungen waren wenig ermutigend. Der innere Grund dafür liegt darin, daß unsere Reichsregierung bisher gewöhnt ist, solche Fragen nationalen Interesses, sofern sie überhaupt in gemischt-wirtschaftliche Organisationen willigt, ausschließlich vom rein fiskalisch-finanziellen Standpunkt zu beurteilen, dergestalt, daß sie sich einen der Höhe ihrer Geldunterstützung materiell entsprechenden sachlichen Einfluß ausbedingt. Ein solcher Weg ist praktisch überaus schwer gangbar, zumal bei Unternehmen mit Aufgaben, die der Natur nach sich für die schwerfällige amtliche Betätigung nicht eignen und deren Unkosten andererseits zu groß sind, um vollständig auf die Privatwirtschaft abgewälzt werden zu können.

So ist es offenkundig: jene so bedauerlichen Mängel innerer sachlicher Fühlung und gegenseitiger Unterstützung zwischen Wirtschaftsleben und Regierung haben bei uns nicht nur das Verständnis dafür verkümmern lassen, daß auch bei der Außenhandelsförderung logischerweise nationaler Fortschritt nur durch zielbewußte und wohlgeordnete Gemeinschaftsarbeit von Staats- und Privatwirtschaft erreichbar ist, sondern auch eine Entwicklung, wie sie in anderen Ländern auf ähnlichen Gebieten wahrzunehmen ist, bei uns bisher nahezu vollkommen unmöglich gemacht. (Schluß folgt.)

DEUTSCHLANDS METALLWIRTSCHAFT IM FRIEDEN UND IM KRIEGE¹⁾.

Von Gewerbeassessor Dr.-Ing. KARL NUGEL.

In der bekannten Londoner Tageszeitung „Times“ erschien am 9. Februar 1915 ein Artikel, der, angeblich aus der Schweiz von einer der ersten lebenden Autoritäten über Kupferstatistik geschrieben, sich mit Deutschlands und Österreich-Ungarns Kupferbedarf für Kriegszwecke beschäftigte und dabei zu einer für uns höchst ungünstigen Schlußfolgerung gelangte: Der Verbrauch wurde mit 112 000 t im Jahr gegenüber einer Eigenerzeugung von 40 000 t im Jahr berechnet, wobei nur mit 4 Millionen deutschen und 2 $\frac{1}{2}$ Millionen uns verbündeten Truppen gerechnet wurde, während eine weitere Vermehrung der Truppenzahl und des Kriegsmaterialverbrauches das Verhältnis von Verbrauch und Erzeugung noch weiter zu unsern Ungunsten ändern würde. Der Artikel schloß mit folgendem Satz: „Da der Kupferverbrauch steigt und England und Frankreich mit äußerster Wachsamkeit die Seepolizei ausüben, damit überhaupt kein Kupfer mehr nach Deutschland und Österreich hineinkommen kann, erscheint das Schicksal beider Reiche besiegelt. Kein Gefühl falscher Humanität sollte diese Hauptaufgabe der Wacht zur See beeinflussen, denn je schärfer diese ist, um so kürzer wird der Krieg sein.“

Nach den Plänen unserer Feinde sollte also nicht nur die Aushungerung uns auf die Knie zwingen, sondern es sollte auch das Abschneiden der Zufuhr der wichtigsten Rohstoffe eine wesentliche Handhabe zu unserer endgültigen Niederwerfung werden. Der Artikelschreiber hat nicht Recht behalten.

Heute ist seitdem bereits mehr als ein Jahr verflossen, und Deutschland ist weder durch Hunger noch durch Kupfermangel zu Boden geworfen. Wie man tagtäglich bei der Erörterung der verschiedenartigsten uns betreffenden Probleme durch unsere Gegner feststellen kann, ging man auch in diesem Fall von zum Teil richtigen Voraussetzungen aus, gelangte dann aber durch falsche Bewertung und Nichtberücksichtigung wichtiger Faktoren zu falschen Schlüssen.

Wie dem aber auch sei, der Artikel beleuchtet auf jeden Fall die ungeheure Wichtigkeit der Metallversorgung für unsere Kriegführung. Daß die Heeresverwaltung dies von vornherein erkannt hat, zeigt die Maßnahme der Beschlagnahme von Erzen und Metallen in den besetzten Gebieten. Sie, m. H., stehen ja durch die daraus hervorgegangenen Entschädigungsansprüche in engster Berührung mit dieser Frage. Um so eher darf ich hoffen, daß der kurze Überblick, den ich Ihnen heute über Deutschlands Metallwirtschaft im Kriege und im Frieden geben will, Ihr Interesse finden wird.

Man hört vielfach die Meinung äußern, daß Deutschland im Verhältnis zu anderen Ländern mit Naturschätzen wenig gesegnet sei und daß nur die Tüchtigkeit und der Fleiß seiner Bevölkerung imstande waren, einen Ausgleich zu schaffen und Deutschland unter den Völkern zu der Größe und

¹ Vortrag, gehalten vor den Mitgliedern der Reichs-Entschädigungs-Kommission am 15. April 1916 in Berlin.

Machtstellung zu bringen, die es heute einnimmt. Welche Rolle deutsche Tüchtigkeit und deutscher Fleiß hierbei gespielt haben, darüber besteht kein Zweifel. Die Meinung aber, daß Deutschland an Naturschätzen wenig

Zahlentafel 1. Erzeugung und Verbrauch

	Erzeugung		
	insgesamt t	aus eigenen Erzen t	vH der Welt- erzeugung
		Kupfer	
Welterzeugung	1 005 900	—	100
Weltverbrauch	1 044 500	—	100
Deutschland	41 100	25 300	4,1 (2,5)
davon Mansfeld		20 300	2
Oesterreich-Ungarn	4 100	4 100	0,4
Türkei	500	500	0,05
Belgien	—	—	—
Serbien	6 400	6 400	0,6
Großbritannien	52 100	300	5,2 (0,03)
Frankreich	11 900	—	1,2 (0)
Italien	2 400	1 600	0,24 (0,16)
Rußland	34 300	33 900	3,4 (3,4)
Japan	73 200	73 200	7,3
Australien	47 300	47 300	4,7
Afrika: Katanga	6 900	6 900	0,7
Kapland	5 800	5 800	0,6
übriges Afrika	10 200	10 200	1,0
Vereinigte Staaten	589 100	557 400	59 (55,7)
	einschl. Einfuhr 725 200		(72)
Chile		39 400	
		Blei	
Welterzeugung	1 186 700		
Weltverbrauch	1 196 200		
Deutschland	181 100	etwa 100 000	15,3 (8,4)
Oesterreich-Ungarn	24 100	hauptsächlich aus eigenen Erzen	2 (2)
Türkei	13 900	13 900	1,2
Belgien	50 800	nichts	4,2 (0)
Großbritannien	30 500	größtenteils aus eigenen Erzen	2,5
Frankreich	28 000	?	2,3
Italien	21 700	Bleierze in Sardinien	1,8
Rußland	etwa 1000	1 000	0,1
Australien	116 000	aus eigenen Erzen	9,8
Japan	3 600	?	0,3
Vereinigte Staaten	407 800	395 800	34,4 (33,4)

DEUTSCHLANDS METALLWIRTSCHAFT IM FRIEDEN u. IM KRIEGE 391

gesegnet sei, ist m. E. nicht unbedingt richtig. Man denke nur an Deutschlands ungeheure Kohlenlagerstätten, an die große Eigenerzeugung von Eisenerzen, insbesondere im Minettegebiet von Luxemburg-Lothringen. Aber auch der wichtigsten Metalle im Jahre 1913.

Gesamtverbrauch ¹⁾			Eigenverbrauch ²⁾			Wert des aus der Förderung eigener Bergwerke erzeugten Metalles		
in t	vH des Weltverbrauchs	vH gedeckt aus eigenen Bergwerken	in t	vH des Weltverbrauchs	vH gedeckt aus eigenen Bergwerken	1913	1914	1915
Kupfer								
—	—	—				rd. 1380		
—	—	—				Mill. M		
259 300	26	10	198 300	20	12,5			
39 200	4	10	36 600	3,7	11			
?	?	?	?	?	?			
15 000	1,5	nichts	—	—	—			
?	?	?	?	?	?			
140 300	14	0,2	120 500	12	0,25			
103 600	10,4	—	95 900	9,6	—			
31 200	3,1	5	39 100	3,9	4,1			
40 200	4	84,3	?	?	1			
50 300	5	alles						
337 300	33,7	alles				183 Mill. \$	153 Mill. \$ (520 000 t)	236 Mill. \$ (620 000 t)
Blei								
						437		
						Mill. M		
223 500	18,7	etwa 45	169 800	14,2	etwa 58			
35 500	3	etwa 70	37 100	3	etwa 65			
?	?	?	?	?	?			
42 900	3,6	nichts						
191 400	16	nichts	174 900	14,6	nichts			
107 600	9	?	105 000	9	?			
32 600	2,7	66,5	31 900	2,7	68			
58 800	5	1,7	60 100	5	1,7			
9 600	0,8	weitaus aus eigen. Erzen gedeckt						
18 500	1,6	?				rd.	rd.	
401 300	33,8	98,6				34,8 Mill. \$	40 Mill. \$	rd. 48,5 Mill. \$ (465 000 t) (469 000 t)

1) Ermittelt aus Produktion, Einfuhr und Ausfuhr des Rohmetalls.

2) Ermittelt aus Gesamtverbrauch, Metallein- und -ausfuhr in Form von Waren.

in bezug auf die Versorgung mit den wichtigsten Metallen außer Eisen ist Deutschland, insbesondere im Vergleich zu den anderen kriegführenden Staaten, nicht gar so schlecht daran. Ich beziehe in die kriegführenden Staaten absichtlich nur die europäischen ein, da die übrigen, z. B. Japan und auch

Zahlentafel 2. Erzeugung und Verbrauch

	Erzeugung		
	Gesamt- t	aus eigenen Erzen t	vH der Welt- erzeugung
		Zink	
Welterzeugung	997 900		
Weltverbrauch	1 012 700		
Deutschland	283 006	202 400	28 (20,3)
Rheinland-Westfalen	93 000		
Schlesien	170 000		
Oesterreich-Ungarn	21 707		
		zumeist aus Kauferzen, Zink- erzvorkommen in Kärnten	2,2
Rußland	7 600	7 600	0,75
Belgien	197 700	nichts	20
Großbritannien	59 146	2 400	6 (0,24)
Frankreich	64 103	größtenteils aus Kauferzen	6,4 (0)
» im besetzten Gebiet	14 000		1,4
Italien	—	Erzgewinnung rd. 130 000 t	?
Vereinigte Staaten	320 300	320 300	32
		Zinn	
Welterzeugung	128 900		
Weltverbrauch	124 900		
Deutschland	11 500	verschwindend gering	9
Oesterreich-Ungarn	—	—	—
Belgien	—	—	—
Großbritannien	22 000	5 300	17 (4,1)
Frankreich	1 200	?	0,9
Italien	—	—	—
Rußland	—	—	—
Australien	4 870	aus eigenen Erzen	3,8
Straits (Verschiffungen)	65 640	65 640	51
Bangka-Verkäufe in Holland	15 173	} 17 416	13,5
Billiton-Verkäufe in Holland u. Java	2 243		
Bolivien		die Erzeugung geht fast ganz nach	

³⁾ unter Berücksichtigung der Vorräte und der Erzeugung aus Altmaterial.

DEUTSCHLANDS METALLWIRTSCHAFT IM FRIEDEN u. IM KRIEGE 393

Australien, kaum eine andere Rolle wie z. B. die Vereinigten Staaten spielen, d. h. sie sind nur Lieferanten von Kriegsrohstoffen oder fertigem Kriegsmaterial.

Lassen sie uns einen Blick auf die Zahlentafeln tun, in denen die Erzeugung der wichtigsten Metalle im Jahre 1913.

Gesamtverbrauch			Eigenverbrauch			Wert des aus der Förderung eigener Bergwerke erzeugten Metalles		
in t	vH des Weltverbrauchs	vH gedeckt aus eigenen Bergwerken	in t	vH des Weltverbrauchs	vH gedeckt aus eigenen Bergwerken	1913	1914	1915
Zink						455,7		
222 300	22	91	158 400	16	128 vH	Mill. M		
40 400	4	?	39 800	4	?			
—	—	—	33 300	3 1/3	22,8			
76 400	7,6	nichts	44 500	4,5	nichts			
194 600	19,5	1,2	202 700	20	1,1			
81 000	8,1	0	74 300	7,4	0			
10 900	1	alles	16 900	1,7	wahrsch. üb. 100vH			
313 300 (bezw. 267 900) ¹⁾	31,3 (bezw. 26,8) ¹⁾	alles				35 Mill. \$	36 Mill. \$ (320 000 t)	139 Mill. \$ (445 000 einschl. 27 000 t a. fremd. Erzen)
Zinn								
19 300	15,4	nichts	16 000	12,8	nichts			
3 150	2,5	nichts	3 000	2,4	nichts			
2 320	1,9	nichts	?	?	nichts			
24 400	19,5	21,7	7 300	5,8	72,6			
8 300	6,6	wahrscheinlich nichts	8 800	7	wahrscheinlich nichts			
2 920	2,3	nichts			nichts			
2 700	2,2	nichts	?	?	nichts			
1 400	1,1	alles			alles			

England
Gekrätz usw.

gung und der Verbrauch der wichtigsten Metalle angegeben sind.

Wie ersichtlich stand unter den kriegführenden europäischen Staaten Deutschland i. J. 1913 in bezug auf die aus eigenen Erzen gewonnene Kupfermenge von rund 25 300 t nur Rußland nach, das rund 34 000 t erzeugt. Rußlands Kupfergewinnung ist aber, wie man weiß, im Kriege stark gesunken, und zwar z. T. aus Arbeitermangel, z. T. infolge mangelnder Ergänzung der zum Betriebe notwendigen bisher aus Deutschland bezogenen Maschinen und Apparate, größtenteils aber, weil die Kaukasuswerke, deren Gewinnung im Frieden etwa 25 vH der russischen Gesamterzeugung ausmachte, im Operationsgebiet liegen. Im Jahre 1915 hat Rußland schätzungsweise nur 16 000 t Kupfer erzeugt, so daß zurzeit Deutschland unter den kriegführenden Staaten an erster Stelle steht. Die französische, englische und italienische Gewinnung aus eigenen Kupferbergwerken ist verschwindend gering (Zahlentafel 1).

Deutschlands Gesamterzeugung an Blei betrug 1913 rund 180 000 t, wovon etwa 100 000 t aus eigenen Bergwerken hervorgingen. Die eigene Bergwerksgewinnung der anderen europäischen kriegführenden Staaten war 1913 gänzlich unbedeutend, nur die uns verbündete Türkei gewann die nicht unwesentliche Menge von rund 14 000 t Blei aus eigenen Bergwerken.

Noch günstiger steht Deutschland in bezug auf die Zinkerzeugung da. Seiner aus eigenen Bergwerken stammenden Erzeugung von über 200 000 t Zink i. J. 1913 steht eine englische aus eigenen Erzen gewonnene Menge von nur 2400 t und eine russische von 7600 t gegenüber, die Gewinnungsorte der letzteren befinden sich aber in Polen, also in dem von Deutschen und Österreichern besetzten Gebiet. Frankreich fördert so gut wie keine eigenen Zinkerze; Italien fördert zwar die recht erhebliche Menge von rd. 130 000 t Zinkerzen mit schätzungsweise 50 000 t Zinkgehalt, jedoch wurden diese bisher ausgeführt, da eigene Zinkhütten nicht vorhanden sind (Zahlentafel 2).

Kupfer und Zink mit je rund 1 000 000 t, Blei mit rund 1 200 000 t Welterzeugung sind die wichtigsten Metalle. Demgegenüber treten die übrigen Metalle, schon der geringen Erzeugungsziffer wegen, an Bedeutung zurück.

Unter den kriegführenden Mächten Europas steht somit Deutschland in bezug auf die Versorgung mit den wichtigsten Metallen aus eigener Erzeugung weitaus am günstigsten da. Auf die Bedeutung dieser Tatsache während des Krieges soll noch später näher eingegangen werden. Vorher möchte ich noch etwas bei den Verhältnissen verweilen, wie sie vor Ausbruch des Krieges lagen.

Aus den Abbildungen 1 bis 3 ist zu ersehen, daß Deutschland in bezug auf den Verbrauch der drei wichtigsten Metalle unter allen kriegführenden Staaten im Jahre 1913 an erster Stelle stand, gewiß das glänzendste Zeichen für den Grad der Entwicklung, den die deutsche Industrie als Verarbeiterin der Rohmetalle zu Fertigwaren erreicht hat.

Deutschlands Gesamterzeugung an Zink (Abb. 1) betrug 1913 rund 283 000 t = 28 vH der Welterzeugung, wovon 20,3 vH aus eigenen Bergwerken gedeckt waren. Von der deutschen Gesamterzeugung an Blei (Abb. 2) mit rund 180 000 t = 15,3 vH der Welterzeugung waren 1913 rund 8,4 vH aus eigenen Erzen hergestellt. Ein erheblicher Teil, und zwar mehr als der Unterschied, da ein Teil deutscher Blei-Zink-Erze ausgeführt wurde, mußte also aus vom Aus-

land eingeführten Erzen erzeugt werden. Da die Blei- und Zinkerze in engster Vergesellschaftung meist auf denselben Lagerstätten auftreten, kann ich die für die Blei- und Zinkerzeugung in Betracht kommenden Versorgungsgebiete gemeinsam behandeln. Weitaus der größte Teil der deutschen Blei-Zink-Erze wird in den aberschlesischen Lagerstätten gewonnen, an zweiter Stelle steht der rechtsrheinische Bezirk (Bergisches Land, Holzappel, Ems, Ramsbeck), und dann folgt der linksrheinische Bezirk (Aachen-Stolberg, Komern und Mechernich). Von größerer Bedeutung ist noch der Harzer Bezirk (Clausthal).

Weitaus die größte Menge der eingeführten Blei- und Zinkerze stammt aus dem Broken Hill-Distrikt in Australien. Der Zinkgehalt der Einfuhr

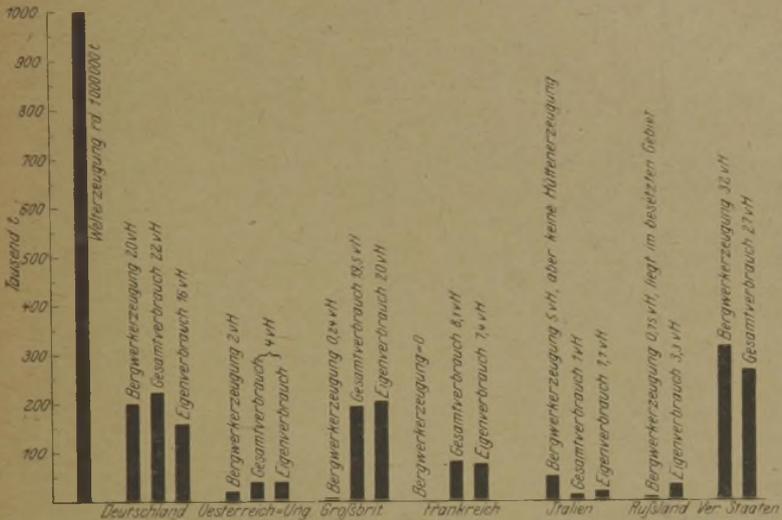


Abb. 1. Erzeugung und Verbrauch von Zink.

betrug 1913 schätzungsweise 70 000 t, also etwa $\frac{1}{4}$ der deutschen Gesamterzeugung, der Bleigehalt der australischen Einfuhr 1910 belief sich auf etwa 62 000 t, also auf etwa $\frac{1}{3}$ der deutschen Gesamterzeugung.

Die deutsche Kupfererzeugung betrug 1913 rund 41 000 t = rund 4 vH der Welterzeugung, wovon etwa 2,5 vH aus eigenen Bergwerken stammten. Dieser recht bescheidenen Eigenerzeugung steht der außerordentlich starke Verbrauch von 26 vH der Welterzeugung gegenüber, der fast ausschließlich durch Einfuhr von Rohkupfer aus den Vereinigten Staaten (i. J. 1913 220 000 t für Deutschland und die Niederlande bei einer Gesamteinfuhr von rund 225 000 t) gedeckt wurde (Abb. 3).

Die in deutschen Kupferbergwerken geförderten Erze stammen zum allergrößten Teil aus dem Kupferschiefervorkommen von Mansfeld. Es handelt sich hier um einen bituminösen Mergelschiefer, der Kupfererze in feiner Einsprengung und in dünnen Lagen führt. Das Material enthält in 1 t bis zu 3 vH Kupfer und 250 g Silber.

Verhältnismäßig erheblich für die deutsche Kupfergewinnung ist noch das Erzlager am Rammelsberg bei Goslar, das aus Schwefelkies, Kupferkies, Zinkblende und Bleiglanz besteht.

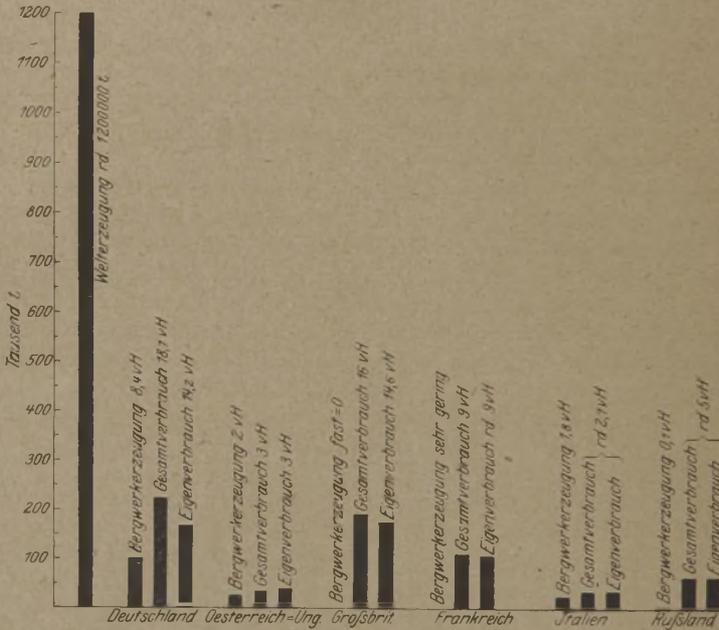


Abb. 2. Erzeugung und Verbrauch von Blei.

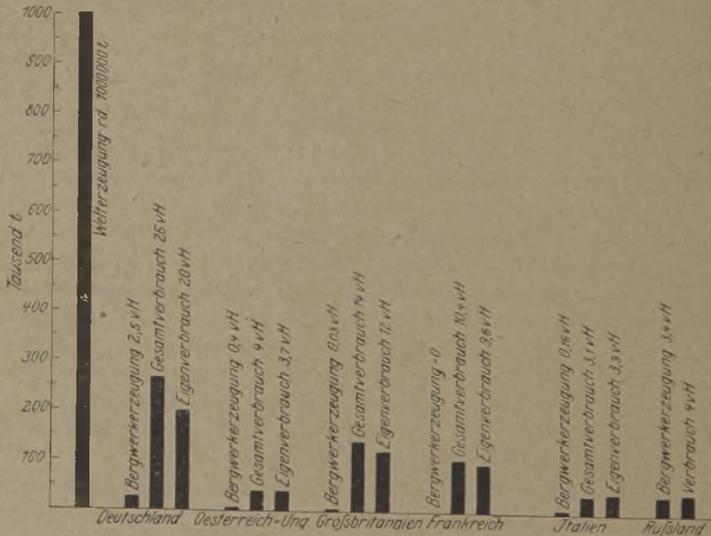


Abb. 3. Erzeugung und Verbrauch von Kupfer.

Ferner treten noch Kupfererze in den Spateisensteingängen des rheinischen Schiefergebirges auf.

Erwähnen möchte ich noch das Kupfervorkommen von Otavi, obwohl dessen Erze auch vor dem Kriege nicht mehr in Deutschland verhüttet wurden, und zwar aus technischen Gründen, auf die hier einzugehen zu weit führen würde.

Wie erwähnt, wird Deutschlands über die Eigenerzeugung hinausgehender Kupferbedarf fast ausschließlich durch die Vereinigten Staaten gedeckt. Es dürfte deshalb von Interesse sein, auf die wichtigsten amerikanischen Kupfervorkommen einen Blick zu werfen. Es sind dies in erster Linie der Arizona-Distrikt, der Montana- (Butte-)Distrikt und der Lake Superior-Distrikt. Die Erze des ersteren bestehen hauptsächlich aus Schwefelkies, Kupferkies und Zinkblende, die des Montana-(Butte-)Distriktes aus Kupferglanz, Enargit und Buntkupfererz, begleitet von Silbererzergängen. Im Lake Superior-Distrikt kommt fast ausschließlich gediegenes Kupfer vor, und zwar in Gängen als Hohlraumausfüllung und als Zement in den Porphyrkonglomeraten.

Die Gesamtkupfergewinnung der Vereinigten Staaten betrug 1913 rund 590 000 t, davon rund 557 000 t aus eigenen Erzen, d. s. annähernd 60 vH der Welterzeugung.

In innigem Zusammenhang mit amerikanischem Unternehmungsgeist stehen die Kupfervorkommen von Chile, insbesondere das Vorkommen von Chuquicamata, wo eine Lagerstätte von ungeheurer Ausdehnung erschlossen worden ist, deren Kupfergehalt nach den bisherigen Aufschlüssen auf 8 Mill. t gleich dem Achtfachen der jetzigen Welterzeugung geschätzt wird.

Hinter Zink, Blei und Kupfer treten die übrigen Metalle schon deshalb an Bedeutung zurück, weil ihre Mengen nur einen Bruchteil derjenigen der genannten Metalle betragen. Während die Welterzeugung von Zink und Kupfer rund 1 Mill. t, die von Blei rund 1,2 Mill. t beträgt, hat sie bei Zinn (Abb. 4) im Jahre 1913 nur rund 130 000 t betragen. Bei Zinn liegen die Verhältnisse für Deutschland wesentlich ungünstiger als bei den vorgenannten Metallen. Die Gewinnung von Zinn aus eigenen Bergwerken ist in Deutschland verschwindend gering. Die deutsche Zinnerzeugung von rund 11 500 t = 9 vH der Welterzeugung im Jahre 1913 wurde fast ganz aus ausländischen Erzen, und zwar aus bolivianischen, gedeckt. Von den übrigen europäischen am Kriege beteiligten Staaten kommt als Zinnerzeuger nur Großbritannien mit 22 000 t = 17 vH der Welterzeugung in Betracht, wovon 5300 t = 4,1 vH der letzteren aus eigenen Bergwerken stammen. Wie erwähnt, wird bei weitem der größte Teil der deutschen Zinnerze aus Bolivien eingeführt, während das zur Deckung des die Erzeugung fast um das Doppelte überschreitenden Zinnverbrauches (19 300 t = 15,4 vH des Weltverbrauches) eingeführte Zinnmetall in der Hauptsache aus Indien stammt. Hier ist bei weitem am wichtigsten das Zinnvorkommen auf der Malacca-Halbinsel an der Strait of Malacca, daher die Bezeichnung Strait-Zinn.

Als wichtiges Metall, das vielleicht in der Zukunft noch zu viel höherer Bedeutung gelangen wird, ist ferner das Aluminium zu nennen. Obwohl das Aluminium, geologisch betrachtet, das weitestverbreitete Metall auf der Erde ist, betrug die Welterzeugung an Aluminium 1913 nur rund 68 000 t. Es liegt dies daran, daß bisher aus den meisten aluminiumhaltigen Minera-

lien, insbesondere aus dem weitverbreiteten Ton, Lehm, Mergel, Aluminium nicht gewonnen werden konnte. Als Rohmaterial kamen bisher vielmehr nur Bauxit und Kryolith in Betracht. Deutschland ist hier insofern in einer ungünstigen Lage, als es keine eigene Bauxit- und Kryolithlagerstätten besitzt. Die Aluminiumgewinnung Deutschlands ist deshalb im Frieden vollständig auf den vom Ausland eingeführten Bauxit, und zwar französischen Bauxit, angewiesen gewesen. Über Deutschlands Aluminiumgewinnung lassen sich genaue Zahlen nicht angeben, weil die Werke es ablehnen, Angaben über die Höhe ihrer Erzeugung zu machen. Deutschland, Österreich-Ungarn und die Schweiz

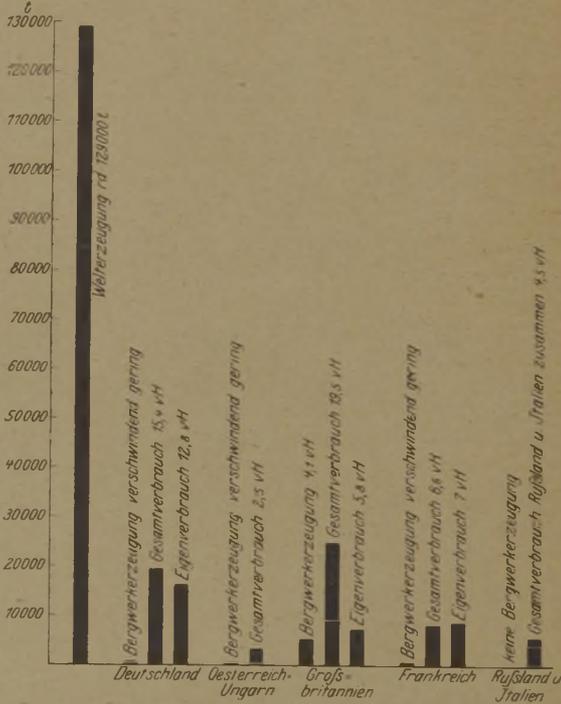


Abb. 4. Erzeugung und Verbrauch von Zinn.

dürften im Jahre 1913 rund 12 000 t Aluminium, d. s. 18 vH der Welterzeugung, hergestellt haben. (Zahlentafel 3).

Von den übrigen europäischen Staaten kommen als Aluminiumerzeuger nur noch Frankreich mit 18 000 t = 26,4 vH der Welterzeugung und Großbritannien mit 7 500 t = 11 vH der Welterzeugung im Jahre 1913 in Betracht. Frankreich deckt seinen gesamten Bedarf aus seinen Bauxitgruben, Großbritannien den seinen aus fremder Einfuhr. Bezüglich der Bauxitförderung steht Frankreich weitaus an erster Stelle. Die klassische Lagerstätte liegt in der Provence.

Schließlich ist als wichtiges Metall noch das Nickel zu erwähnen. Die Welterzeugung an Nickel betrug rund 30 000 t, woran Deutschland mit 5 000 t = 17 vH, England mit 5 100 t = 17 vH, Frankreich mit 2 100 t

Zahlentafel 3.

1913

Aluminium (Erzeugungsziffern geschätzt).

Welterzeugung	68200 t		
Weltverbrauch	66800 t		
Deutschland	} Erzeugung	12000 t = rd. 17,6 vH der Welterzeugung	
Oesterreich-Ungarn			
Schweiz			
Deutschland			
Einfuhr übersteigt Ausfuhr um	12600 t =	» 18,5	»
Schweiz			
Ausfuhr übersteigt Einfuhr um	6840 t =	» 10	»
Frankreich			
Erzeugung	18000 t =	» 26,4	»
Ausfuhr übersteigt Einfuhr um	7500 t		
Großbritannien			
Erzeugung	7500 t =	» 11	»
Ausfuhr übersteigt Einfuhr um	2700 t		
Vereinigte Staaten			
Erzeugung	22500 t =	» 33	»
Verbrauch	32800 t =	» 50	»
Kanada: Ausfuhr	5900 t		

Zahlentafel 4.

Nickel.

Welterzeugung	rd. 30000 t
davon Deutschland »	5000 t = 17 vH, aus eigenen Erzen höchstens 300 t = 1 vH
England »	5100 t = 17
Frankreich »	2100 t = 7
Ver. Staaten	
und Canada »	16000 t = 53
Nickelerz-Ausfuhr aus Neukaledonien	93200 t Erz,
bei Annahme von 6,5 vH Ni-Gehalt rd.	6000 t Ni = 20 vH der Welterzeugung
Kanadas Erzeugung an Nickelkupfer-	
stein in t Ni	» 22500 t = 75

= 7 vH und die Vereinigten Staaten und Kanada mit 16000 t = 53 vH beteiligt waren. Von der deutschen Nickelerzeugung von 5000 t stammen höchstens 300 t = 1 vH der Welterzeugung aus eigenen Erzen, und zwar fast ausschließlich aus dem Nickelerzvorkommen von Frankenstein in Schlesien, wo in den Serpentinzügen nördlich von Frankenstein Pimelit, d. h. wasserhaltige Nickel-Magnesium-Silikate, auftritt. Der Nickelgehalt der Frankensteiner Erze dürfte im allgemeinen nur 2 bis 3 vH betragen (Zahlentafel 4).

Der Hauptteil der erheblichen Nickelerzeugung Deutschlands stammte aus Neu-Kaledonien, der bekannten Insel im Stillen Ozean östlich von Australien. Das Vorkommen ähnelt dem Frankensteiner Vorkommen. Fast die ge-

samte Nickelerzausfuhr von Neu-Kaledonien, die 1913 93 200 t Erz mit rund 6000 t Nickel betrug, wurde vor dem Kriege in Deutschland verhüttet.

So lagen die Metallherzeugungs- und -versorgungsverhältnisse vor dem Kriege. Ich will jetzt versuchen, im folgenden kurz anzugeben, welche Entwicklung diese Verhältnisse unter dem Einfluß des Krieges nahmen und nehmen mußten. (Schluß folgt.)

DIE NEUE INTERESSENGEMEINSCHAFT IN DER DEUTSCHEN FARBENINDUSTRIE.

Von Prof. Dr. H. GROSSMANN, Berlin.

Im Mai 1916 ist inmitten des Weltkrieges ein in der ganzen Welt viel bemerktes und in der Tat auch sehr bemerkenswertes wirtschaftliches Ereignis innerhalb der deutschen Teerfarbenindustrie eingetreten, das man kurz gesagt als eine wesentliche Erweiterung der bereits bestehenden beiden Interessengemeinschaften unter den führenden deutschen Farbenfabriken bezeichnen kann. Die Form des Zusammenschlusses von Einzelwerken und Aktiengesellschaften in der Art einer Interessengemeinschaft findet sich zwar auch in verschiedenen Industrien, z. B. in der Eisenindustrie, der Maschinenindustrie usw., aber eine ähnlich beherrschende Stellung, nicht nur des inneren Marktes, sondern auch des Weltmarktes, wie in der deutschen Farbenindustrie hat diese Form der Konzentrationsbestrebungen bisher nirgends gewonnen.

Vor dem Kriege bestanden die unter dem Namen „Dreibund“ und „Zweibund“ bekannten Interessengemeinschaften, welche im Jahre 1904 nach langen Verhandlungen in Wirksamkeit traten. Auf der einen Seite standen die Badische Anilin- und Sodafabrik zu Ludwigshafen, die Farbenfabriken Fr. Bayer & Co. zu Elberfeld und Leverkusen und die A.-G. für Anilinfabrikation zu Treptow und Dessau. Zum „Zweibund“ gehörten damals nur die Höchster Farbwerke und die Firma L. Cassell & Co. in Mainkur bei Frankfurt. Während sich der „Dreibund“ bis zum Jahre 1916 keinerlei weitere Farbenfabriken angliederte, sich aber andererseits auf dem Gebiet der anorganisch-chemischen Großindustrie durch Kapitalbeteiligung und Ankauf von Fabriken betätigte und auch eine Kohlenzeche „Augusta Victoria“ erwarb und ausbaute, hat sich der „Zweibund“ bereits wenige Jahre nach der Bildung der Interessengemeinschaft durch Aktienkauf einen maßgebenden Einfluß auf die Farbenfabrik Kalle & Co. A.-G. in Biebrich am Rhein gesichert und ebenso vor kurzer Zeit das Farbwerk Mühlheim vorm. Leonhard & Co. praktisch übernommen. Nachdem nun durch die Entwicklung des Weltkrieges vor allem auf dem Gebiet der Farben- und Chemikalienausfuhr ein Handinhandarbeiten der deutschen Farbenfabriken mit den von der Regierung eingerichteten Zentralstellen notwendig geworden war, ergab sich ohne weiteres auch eine Förderung jener Bestrebungen, die nicht nur auf einen näheren Anschluß der beiden großen Interessengemeinschaften aneinander hielten, sondern darüber hinaus auch für die Zeit nach dem Krieg eine geschlossene

Front der deutschen Farbenindustrie gegenüber dem Wettbewerb des Auslandes herzustellen trachteten. Auch hier hat demnach der Krieg die völlige Selbständigkeit einzelner Unternehmungen auf Kosten der großen Organisationen beeinträchtigt und eine wirtschaftliche Entwicklung beschleunigt, die man vom Standpunkt einer Mittelstandspolitik bedauern mag, die aber infolge der politischen und wirtschaftlichen Ereignisse notwendig war. Auch die bisher außerhalb der beiden Interessengemeinschaften stehenden Werke haben sich an diese neue große Interessengemeinschaft angeschlossen. So haben sich die Chemische Fabrik Griesheim-Elektron A.-G., die vor kurzem erst das kleinere Farben- und Chemikalienwerk Griesheim m. b. H. übernommen hat, und auch die Chemischen Werke vorm. Weiler-ter-Meer mit dem neuen großen Verbands vereinigt, während die Angaben über die Firma Wülfig, Dahl & Co. A.-G. zu Barmen und das Farbwerk von Jäger in Düsseldorf bisher noch nicht ganz bestimmt lauteten. Immerhin ist anzunehmen, daß auch diese Fabriken, selbst wenn sie formell außerhalb der Interessengemeinschaft bleiben sollten, im Kriege wie im Frieden keine Wirtschaftspolitik treiben werden noch können, die der großen erweiterten Interessengemeinschaft unbequem werden könnte. Damit erscheint der Ring der deutschen Farbenindustrie so gut wie vollständig geschlossen, und es ist zu verstehen, daß man im Ausland allgemein von einem „deutschen Farbentrust“ spricht, wobei man aber begrifflich, wie so oft bei Verbänden, deren Erzeugung oder Absatz einen monopolistischen Charakter trägt, mit der Bezeichnung „Trust“ falsche Vorstellungen verbindet. Die Interessengemeinschaft der deutschen Farbenindustrie unterscheidet sich durch ihre Organisation vollkommen von wirklichen Trustorganisationen, bei denen die einzelnen Unternehmungen ihre Selbständigkeit aufgegeben haben, und die sich vor allem in den Vereinigten Staaten von Amerika finden. Man arbeitet ja auch vielfach mit dem Begriff des Trusts nur deshalb so gern, weil man gegen derartige monopolistisch wirkende Organisationen in allen Ländern leicht eine feindliche Stimmung zu erregen vermag.

Als Gründe, die zum wirtschaftlichen Zusammenschluß geführt haben, hat die Verwaltung der Badischen Anilin- und Sodafabrik folgendes angeführt: „Der Gedanke für diesen Zusammenschluß ist der Erkenntnis entsprungen, daß die deutsche chemische Industrie und namentlich die Farbenindustrie in der Zukunft besonders schwierigen Verhältnissen zu begegnen haben wird. Nicht allein mit den unmittelbaren Verlusten durch die gewaltigen Außenstände im feindlichen Ausland und durch das unsichere Schicksal der ausländischen Fabriken, an denen sie beteiligt sind, haben die Werke zu rechnen, sondern auch mit den Folgen der mächtig einsetzenden Wettbewerbstrebungen, gefördert und hervorgehoben durch Regierungsunterstützung, durch Zoll- und Patentgesetze und getragen von dem Neid auf die deutschen Erfolge und von dem Wunsche, sich von Deutschland unabhängig zu machen. Ausfälle, die das Gedeihen der deutschen Werke empfindlich schädigen, sind unvermeidlich, wenn es nicht gelingt, die Leistungen der deutschen Werke so wesentlich zu steigern, daß sie in Qualität und in Preisen Vorteile gewähren, die von keiner Seite geboten werden können. Diese Aufgaben wollen sich die führenden Werke dadurch erleichtern, daß sie versuchen, besonders durch den Austausch von Fabrikationserfahrungen und auch durch sonstige zweckdienliche Maßnahmen ihre Wettbewerbfähigkeit zu stärken.“

Außer dieser offiziellen Begründung der Ursachen, die zum Zusammenschluß geführt haben und über die in allen Hauptversammlungen der Werke die vorstehende gleichlautende Erklärung abgegeben wurde, liegen zur Zeit nur noch bestimmtere Angaben über den Verteilungsschlüssel vor, nach dem der Anteil der einzelnen Fabriken bei der Ausschüttung des Gewinnes bemessen werden soll. Danach ergibt sich vorerst folgender Anteil für die einzelnen Unternehmungen:

Höchster Farbwerke	24,82 vH
Badische Anilin- u. Sodafabrik	24,82
Farbenfabriken Fr. Bayer & Co.	24,82
L. Cassella & Co.	9,81
A.-G. für Anilinfabrikation	8,08
Griesheim-Elektron A.-G.	6,00
Weiler-ter-Meer	etwa 1 $\frac{1}{2}$

In diesen der Frankfurter Zeitung entnommenen Angaben ist die A.-G. Kalle & Co. nicht angeführt, und es ist auch nicht unmöglich, daß im einzelnen später noch Veränderungen vorgenommen werden. Die chemische Fabrik Griesheim-Elektron A.-G. ist übrigens nur für ihre Farbenabteilung der Interessengemeinschaft beigetreten, während der Gewinn aus ihren anorganischen Betrieben nicht bei Ausschüttung des Gesamtgewinnes in Betracht kommt. Ebenso bestehen auch besondere Bestimmungen über die Bemessung des Gewinnanteiles aus den neueren Unternehmungen des früheren „Dreibundes“, die sich auf dem Gebiet der Herstellung von synthetischem Ammoniak usw. bewegen.

Bei der Verteilung des Gewinnes ist naturgemäß auf die Leistungsfähigkeit und die Kapitalkraft der einzelnen Werke Rücksicht genommen. Man kann den inneren Wert der deutschen Farbwerke auf etwa 1 Milliarde M beziffern. Bekanntlich sind die großen Farbenfabriken stets sehr vorsichtig in ihren Bilanzierungen gewesen und haben außer großen offenen Reserven stets sehr bedeutende stille Rückstellungen gemacht, ihre Anlagen zum größten Teil abgeschrieben und auch ihre Erweiterungsbauten selbständig aus den laufenden Erträgen ausgeführt. So haben sie sich auch, wie wenige andere industrielle Unternehmungen, vollkommen frei von dem Einfluß der Großbanken halten können, und diese Unabhängigkeit ist für die gesamte wirtschaftliche und technische Entwicklung der Unternehmungen sicher von großem Vorteil gewesen. Infolge der großen wirtschaftlichen Erträge dieser Werke haben sich auch die Aktien stets durch einen sehr hohen Kurswert ausgezeichnet, und selbst während des Krieges ist dieser Wert nicht so erheblich gesunken, wie es bei manchen anderen Industriepapieren der Fall gewesen ist. Es ergibt sich demnach ein gewisses Mißverhältnis zwischen dem nominellen Aktienkapital und dem wirklichen Wert der Unternehmungen, der in der Tat weit größer ist, als es nach der folgenden Zusammenstellung ¹⁾ scheint.

¹⁾ Diese Zusammenstellung ist einem Aufsatz in der Chemikerzeitung vom 24. Mai 1916 S. 464 entnommen, der auch die ausländischen Verhältnisse eingehender berücksichtigt.

	Kapital	Reserven	Anleihen	Dividende für 1915
	Mill. M	Mill. M	Mill. M	vH
Badische Anilin- u. Sodafabrik	54	31,43	21,11	20
Farbenfabriken Fr. Bayer & Co.	54	25,32	25,00	20
A.-G. für Anilinfabrikation	19,8	10,48	7,82	20
Höchster Farbwerke	54	28,98	6,75	20
L. Cassella & Co.	30	?	10,00	?
Kalle & Co. A.-G.	6	1,23	3,75	10
Chemische Fabrik vorm. Weiler-ter-Meer	8	2,61	2,56	12

Aus der letzten Spalte dieser Zahlentafel ergibt sich, daß selbst im Kriege der Ertrag der deutschen Farbenfabriken recht groß war. Trotz alledem ist es zu verstehen, daß man sich für die zukünftigen Wirtschaftskämpfe nach dem Kriege organisatorisch vorbereiten will. Zweifellos ist im Ausland, und zwar in gleicher Weise im feindlichen wie im neutralen Ausland, eine steigende Neigung zu bemerken, die Farbenindustrie wie überhaupt die chemische Industrie zu fördern und dadurch „von der deutschen Herrschaft zu befreien“. In England, Rußland, Frankreich und Italien, aber auch in Japan, in den Vereinigten Staaten, in der Schweiz und in Holland haben sich Stimmen erhoben, die für eine Ausschaltung der deutschen Farbeneinfuhr sind, und die Regierungen haben diesen ständig wiederholten Mahnungen zum Teil schon im Kriege entsprochen. In England hat man sich erst nach schweren Kämpfen im Parlament, in der Tagespresse und in der breiten Öffentlichkeit dazu verstanden, auf einer wesentlich bescheideneren Grundlage, als anfänglich beabsichtigt war, einen staatlich unterstützten Plan zur Förderung der Farbenindustrie durchzuführen. Die vor dem Kriege in England meist mit geringem Gewinn arbeitenden kleineren Farbenfabriken vermochten zwar in der Kriegszeit selbst wahrhaft glänzende Geschäfte zu machen, aber sie konnten doch allen Bedürfnissen der Farbstoffverbraucher in keiner Weise Rechnung tragen. Wenn man bedenkt, daß noch vor ganz kurzer Zeit bei einer Versteigerung von auf der See gekaperten deutschen Farbstoffen, die durch die Admiralität vorgenommen wurde, für ganz geringe Mengen gewisser hochwertiger deutscher Farbstoffe geradezu übertrieben hohe Preise gezahlt wurden, die zum Teil das zwanzig- bis fünfzigfache der Preise vor dem Kriege betragen, so ergibt sich allein aus dieser Tatsache und ebenso auch aus zahlreichen ungeschminkten Angaben in der englischen Tagespresse, daß selbst die staatliche Unterstützung der mit großen Hoffnungen begrüßten British Dyes Ltd., die aus der Firma Read Holliday & Sons in Huddersfield hervorgegangen ist, bisher nicht vermocht hat, den englischen Markt ausreichend mit guten und billigen Farbstoffen zu versorgen. Einsichtsvolle englische Farbstoffverbraucher haben sich daher auch gegenüber der Regierung dahin ausgesprochen, daß sie später gar nicht daran denken würden, auf eigene Kosten und zu ihrem eigenen Schaden die teureren englischen Farbstoffe den besseren und billigeren deutschen Waren vorzuziehen. Aus diesem Grunde mußte auch seinerzeit die Bestimmung in dem Statut der British Dyes fallen, daß die Abnehmer von

Farbstoffen sich auch für die Dauer verpflichten sollten, nur von diesem Unternehmer zu kaufen. Was aber für England gilt, trifft in erhöhtem Maße auf die Farbenindustrie in den übrigen Ländern zu, von denen bisher eigentlich nur die Schweiz es vermocht hat, der deutschen Industrie bis zu einem gewissen Grade, wenn auch in wesentlich geringerem Umfange, Gleichwertiges an die Seite zu stellen. Was die Verhältnisse in der Farbenindustrie in Amerika betrifft, so läßt sich ein abschließendes Urteil hierüber noch nicht fällen. Man muß sich einerseits davor hüten, alle etwas phantastisch anmutenden Veröffentlichungen der Regierungsbehörden über den gewaltigen Aufschwung der Farbenindustrie wörtlich zu nehmen, da die Tatsache der gegenwärtig außerordentlich starken Verwendung von Pflanzenfarbstoffen und die ständigen Beschwerden der Farbstoffabnehmer über mangelnde Versorgung sehr dagegen sprechen. Andererseits darf man die große Förderung, die die amerikanische Teerstoffindustrie und andere Zweige der chemischen Industrie durch den Krieg erfahren haben, für eine spätere Zukunft nicht völlig unterschätzen. Je länger der Krieg dauert, um so eher machen sich jedenfalls alle noch so kostspieligen Versuche bezahlt, die man im feindlichen wie im neutralen Ausland während des Krieges unternimmt. Ob aber die Farbstoffe, die man heute bei der mangelnden Einfuhr aus Deutschland in den einzelnen Ländern ohne Schwierigkeiten absetzen kann, auch im Frieden wettbewerbfähig sein werden, erscheint doch recht fraglich. Es dürfte hiermit wahrscheinlich ebenso gehen wie mit manchen deutschen Ersatzstoffen, deren Bedeutung nach Beendigung des Krieges und nach Wiederaufnahme des Weltverkehrs ebenfalls stark sinken wird.

Vor allem ist aber zu berücksichtigen, daß die deutschen Farbenfabriken sich nicht allein mit der Herstellung von Teerfarbstoffen beschäftigen, deren Preis in den letzten Jahrzehnten vor dem Kriege, von einzelnen Sonderstoffen abgesehen, stark im Rückgang begriffen war, sondern daß sie auch auf dem Gebiete der anorganischen Chemie, der photographischen und pharmazeutischen Präparate eine führende Stellung einnehmen, daß daher gerade diese Betriebe weit eher als andere Werke in der Lage sind, eine möglichst restlose Ausnutzung der Rohstoffe, eine außerordentlich zweckmäßige Verwendung der verschiedenen Zwischenstoffe herbeizuführen und gleichzeitig auch die Menge der unverwertbaren Abfallstoffe auf ein Mindestmaß zurückzuführen. Wenn man die im Kriege erschienene wissenschaftliche und technische Ausländliteratur durchsieht, so erkennt man deutlich, daß man im neutralen Ausland wie bei unseren Feinden sich in sachverständigen Kreisen durchaus keine übertriebenen Vorstellungen über große Erfolge in der Zukunft macht. Selbst in Frankreich fehlt es keineswegs an Stimmen, die der deutschen Farbenindustrie und ihrer Arbeit volle Gerechtigkeit widerfahren lassen, wie dies aus einem Vortrag von Professor Wahl über die französische Farbenindustrie hervorgeht. Auch die beiden Mitglieder der Pariser Akademie der Wissenschaften, die Chemiker Henry le Chatelier und Professor A. Haller¹⁾, haben den Franzosen immer wieder Deutsch-

1) Die betreffenden Vorträge und Aufsätze werden demnächst in dem zweiten Band der Schrift „Englands Handelskrieg und die Chemische Industrie“ von A. Hesse und H. Großmann veröffentlicht werden.

land und seine Industrie als Vorbild hingestellt und dabei mit keinem Wort feindliche Gesinnungen nach der Art des englischen Chemikers Sir William Ramsay geäußert. Auch aus Italien und aus Rußland liegen ähnlich klingende Ausführungen vor, die erkennen lassen, daß auch in diesen Ländern nicht daran zu denken ist, daß man im Krieg in wenigen Monaten alles das aufbauen kann, wozu die deutsche systematisch arbeitende Industrie Jahrzehnte gebraucht hat.

Unter den Bedenken, die andererseits auch in Deutschland gegenüber dem neuen Zusammenschluß erhoben worden sind, stehen an erster Stelle die Befürchtungen, die man für die angestellten Chemiker und ihre soziale Lage hegt. Die Entwicklung von Riesenbetrieben mit Hunderten von angestellten Chemikern und vielen Tausenden von Arbeitern macht naturgemäß den einzelnen Chemiker wirtschaftlich und sozial zu einer abhängigen Persönlichkeit, die sich zwar innerhalb der einzelnen Werke unter Umständen eine einflußreiche und auch gut bezahlte Stellung sichern kann, die aber schließlich doch in letzter Linie auf das Wohlwollen der leitenden Persönlichkeiten angewiesen ist. Wenn nun aus irgend einem Grunde Streitigkeiten entstehen, so ergibt sich für den angestellten Chemiker eine noch wesentlich schwierigere Lage als zuvor, denn es dürfte ihm nach der Erweiterung der Interessengemeinschaft gegebenenfalls außerordentlich schwer fallen, in Deutschland überhaupt eine entsprechende Anstellung zu finden. Auch die Verwertung von Patenten unabhängiger Erfinder, die besonders in früheren Jahren auf die Entwicklung der Industrie eine sehr anregende Wirkung ausgeübt haben, ist mit der steigenden Kapital- und Einflußmacht der großen Werke immer schwieriger geworden. Ernst Kahn¹⁾ erblickt daher wohl nicht ganz mit Unrecht in diesen Verhältnissen eine gewisse Gefahr nicht nur für den wertvollen Berufsstand der Chemiker, sondern auch für das Vaterland, und er fährt in seinen Betrachtungen über die neu geschaffene Lage wie folgt fort: „Wenn die deutschen Chemiker in der Heimat nicht mehr die nötige Entwicklungsmöglichkeit bekämen, so würden sie in Scharen ins Ausland abwandern, das sie selbstverständlich mit Freuden aufnehmen würde, um den Deutschen Konkurrenz zu machen.“ In der Chemikerzeitung hat dagegen ein ungenannter Verfasser darauf aufmerksam gemacht, daß die Freizügigkeit der Beamten zwar „scheinbar“ bleiben werde, „daß aber auch jetzt schon der Übertritt eines Chemikers von einer Fabrik zur anderen recht selten gewesen sei“. Eine Beeinflussung der Lage der Arbeiter im ungünstigen Sinne wird in diesem Aufsatz als ausgeschlossen bezeichnet, und es ist ja auch wohl zu erwarten, daß der Zusammenschluß wirtschaftlich günstige Folgen zeitigen wird, die schließlich den Arbeitern wie den technischen und kaufmännischen Angestellten zugute kommen müssen. Man hat sich übrigens auch gerade in der Besoldungsfrage gegenseitig völlige Freiheit gelassen, und die einzelnen Werke haben auch nach wie vor das Recht behalten, die Tantiemen nicht nach dem Ergebnis der gesamten Interessengemeinschaft, sondern nach dem Ergebnis der einzelnen Werke festzusetzen. Solange die gegenwärtig führenden Persönlichkeiten die deutschen Farbenfabriken lei-

¹⁾ Europäische Staats- und Wirtschaftszeitung Nr. 11 vom 27. Mai 1916 S. 586 bis 588.

ten, sind die erwähnten Bedenken kaum derartig, daß man deshalb die großen wirtschaftlichen Vorteile des Zusammenschlusses ableugnen kann. Ein Teil der führenden Männer der großen Werke hat ja die Entwicklung vom einfachen Chemiker zum Leiter eines Millionenwerkes durchgemacht, und diese Herren wissen es auch vollkommen aus eigener Erfahrung, daß es für das Unternehmen am besten ist, wenn man die angestellten Chemiker ausreichend bezahlt und ihnen ihre Stellung dauernd als lohnend erscheinen läßt. Was für den Chemiker gilt, hat übrigens auch in gleicher Weise seine Berechtigung für die Ingenieure, die ja in keineswegs geringer Zahl in den großen chemischen Fabriken beschäftigt werden. Sollte die Entwicklung in dieser Industrie noch mehr darauf hinausgehen, daß man sich anorganische Betriebe angliedert, so ist auch mit einer Erweiterung des Tätigkeitsbereiches der Ingenieure zu rechnen, denn in der sogenannten chemischen Großindustrie bedarf der Chemiker noch weit mehr als in der organisch-chemischen Industrie der Hilfe des Ingenieurs, dessen konstruktive Gedanken er allerdings auch zu erfassen imstande sein muß.

Wenn man im feindlichen und im neutralen Ausland in manchen Kreisen die Hoffnung hegt, daß man die Stellung der deutschen chemischen Industrie auf technischem oder auf wirtschaftlichem Wege erschüttern könne, so wird man sich hierin, wie in so vielen Dingen, die Deutschland betreffen, recht sehr täuschen; denn bisher ist die Leistungsfähigkeit der chemischen Industrie nicht nur in keiner Weise erschüttert worden, sondern der Krieg hat gerade auf chemischem Gebiete zahlreiche technische Erfindungsgedanken ausgelöst, deren große Bedeutung für den Weltmarkt erst in der Friedenszeit hervortreten wird. Zur dauernden Sicherung der deutschen Industrie bedarf es aber eines verständnisvollen Zusammenarbeitens der Industrie mit der Regierung, den Universitäten und Technischen Hochschulen, dem Handel und dem Arbeiterstand. Nur durch gemeinsame Arbeit wird es gelingen, die Farbenindustrie, jenes so herrlich entwickelte Reis am Baum der chemischen Industrie, auch weiter wie bisher zu pflegen. Die deutsche Farbenindustrie bedarf, wie die deutsche Technik überhaupt, vor allem der Absatzmöglichkeit ihrer Erzeugnisse auf dem Weltmarkt, ferner aber auch der möglichst freien Entwicklung der einzelnen Persönlichkeiten innerhalb der vorhandenen Organisationen und innerhalb des gesamten Staatswesens. Was für die deutsche Ausfuhr nach dem Krieg im allgemeinen gilt, hat besonders auch für die Ausfuhr von chemischen Erzeugnissen Bedeutung, nämlich das Walten einer den Bedürfnissen der Industrie entsprechenden Handelspolitik, welche die ausländischen Absatzmärkte öffnet und gleichzeitig den Inlandmarkt für den Bezug notwendiger ausländischer Erzeugnisse freihält¹⁾.

1) Vergl. auch den Aufsatz von W. Borgius: „Ein Reichsamt für den Außenhandel“ in Nr. 21 der Wirtschaftszeitung der Zentralmächte vom 30. Juni 1916.

DIE STELLUNG DER DEUTSCHEN MASCHINEN- INDUSTRIE IM DEUTSCHEN WIRTSCHAFTSLEBEN UND AUF DEM WELTMARKE.

Von **Dipl.-Ing. FR. FRÖLICH**, Charlottenburg.

(Fortsetzung aus T. u. W. 1915 S. 454)

Belgien ist ein außerordentlich aufnahmefähiges Land, dem leider von seiten der deutschen Industrie nicht immer die gebührende Aufmerksamkeit geschenkt wird. Frankreichs Ausfuhr nach Belgien hat sich z. B. im Jahre 1912 um das Doppelte des entsprechenden Betrages der deutschen Ausfuhr vermehrt.

In der Maschineneinfuhr ist allerdings Deutschland Frankreich weit überlegen; 1912 wurden für über 40 Millionen M Maschinen von Deutschland nach Belgien eingeführt, von Frankreich dagegen nur etwas über 7 Millionen M.

Nach den Statistiken früherer Jahre kommt von der Maschineneinfuhr Belgiens im Gesamtbetrage von 66 Millionen M die Hälfte aus Deutschland und etwa ein Fünftel aus Großbritannien, während der Rest sich auf verschiedene Länder verteilt.

Die erheblichen Unterschiede in der belgischen Einfuhrstatistik gegenüber den Ausfuhrstatistiken der drei Wettbewerbländer dürften darauf zurückzuführen sein, daß gegenüber Deutschland der Begriff „Maschinen“ in Belgien umfassender ausgelegt wird, während in den englischen und amerikanischen Statistiken manche Durchfuhrgüter enthalten sein dürften, die nicht nach ihrem Bestimmungsland, sondern nach dem Hafen verzeichnet werden, in welchem sie an einen anderen Spediteur übergehen.

Die Maschinenausfuhr Belgiens weist einen Gesamtwert von nahezu 160 Millionen M auf.

Der größte Anteil entfällt auf Eisenbahn- und Straßenbahnwagen mit mehr als 90 Millionen M; davon nahm Argentinien allein 50 vH auf, die andere Hälfte verteilt sich auf Brasilien, China, Ägypten, den Kongostaat, den Balkan und Italien.

Maschinen verschiedener Art wurden im Werte von 50 Millionen M ausgeführt und gingen größtenteils nach Argentinien, Brasilien und dem Kongostaat.

Da die belgische Handelstatistik außerordentlich wenig gegliedert ist, so gibt sie über Einzelheiten nur geringen Aufschluß. Dazu kommt, daß Belgien in hohem Maße Durchfuhrland ist und die Statistik anscheinend diesen Umstand nicht genügend berücksichtigt.

Für die deutschen Maschinen in Belgien macht sich der englische Wettbewerb am gefährlichsten bemerkbar.

Den bedeutenden Markt Belgiens in Textilmaschinen beherrscht Großbritannien noch fast ausschließlich. In erster Linie mag als Grund hierfür die alte Gewohnheit, in Großbritannien zu kaufen, anzusehen sein, weil nach jahrelanger Überlieferung eben dieses Land allein die für die Textilindustrie nötigen Maschinen herzustellen imstande sein soll. In den Maschinen für die Baumwollverarbeitung ist dieses Vorurteil bis heute noch nicht zu be-

seitigen gewesen, dagegen sind in anderen Textilmaschinen wohl bereits Erfolge der deutschen Maschinenindustrie zu verzeichnen.

Wo deutsche Maschinen eingeführt und in Gebrauch sind, werden sie wegen ihrer guten und genauen Ausführung und ihres vorzüglichen Arbeitens allgemein gelobt. Aber gerade die Verbesserungen, welche die deutschen Maschinen vielfach gegenüber den englischen aufweisen, sind wieder ihrem größeren Absatz hinderlich. Die Maschinen stellen sich teurer als die in Großbritannien oder Amerika in Massen hergestellten sogenannten Serienmaschinen, die Arbeiter müssen sich erst an ihre Bedienung gewöhnen, bei vorkommenden Beschädigungen müssen die Ersatzteile aus Deutschland beschafft werden, was immer eine gewisse Zeit dauert, während englische Fabriken bei ihrem großen Absatz meistens Lager mit allen erforderlichen Ersatzteilen am Platze haben, so daß längere Betriebsstörungen ausgeschlossen sind. Trotzdem sind da, wo die deutschen Maschinen einmal Eingang gefunden haben, auch fast durchweg wieder Nachbestellungen erfolgt, und es ist zu hoffen, daß die deutsche Textilmaschinenindustrie, wengleich in nur langsamem Fortschreiten, sich auch am belgischen Markt ein immer größeres Absatzgebiet erobert.

Die Maschineneinfuhr nach den Niederlanden beläuft sich auf rd. 50 Millionen M. Deutschland ist daran mit mehr als der Hälfte beteiligt, auf Großbritannien entfällt ein Viertel, und^a ein kleiner Bruchteil auf die Vereinigten Staaten.

In bezug auf die Verschiedenheit der Ein- und Ausfuhrstatistiken wiederholen sich hier die Verhältnisse wie in Belgien; es dürften auch die gleichen Gründe dafür maßgebend sein.

Als Nachbarland ist Deutschland auch an der Ausfuhr der niederländischen Maschinenindustrie am stärksten beteiligt und nimmt die Hälfte der Maschinenausfuhr auf, die allerdings insgesamt nur einen Wert von 25 Millionen M darstellt.

In der Hauptsache werden von Deutschland nach den Niederlanden geliefert: landwirtschaftliche Maschinen, Werkzeugmaschinen sowie Maschinen für die Zucker- und Papierherstellung.

Italien zeigt einen unverkennbaren Aufschwung seiner Eisenindustrie. Seit 1909 hat die Erzeugung an Roheisen und Fertigfabrikaten ganz erheblich zugenommen; wenn daher auch im Vergleich zu dem Gesamtbedarf der Anteil der Maschineneinfuhr an der Versorgung des Landes zurückgehen wird, so wird doch diese Maschineneinfuhr an sich noch zunehmen, und die deutsche Maschinenindustrie wird auch fernerhin Italien in steigendem Maße als Absatzgebiet betrachten dürfen.

Eine Folge des erwähnten Aufschwunges ist z. B. eine vermehrte Nachfrage in den benötigten Hilfs- und Werkzeugmaschinen, die Italien selbst noch nicht in der Vollendung bauen kann wie Deutschland oder Amerika, wiewohl das Bestreben, hierin vom Ausland unabhängig zu werden, deutlich erkennbar ist.

Für den Absatz landwirtschaftlicher Maschinen kommt hauptsächlich Süditalien in Frage; besondere Aussichten haben u. a. Pressen aller Art für Öl- und Traubenkultur.

Für die notwendige künstliche Bewässerung der Felder böte sich an Stelle der jetzt gebräuchlichen mühevollen Art eine lohnende Absatzmöglichkeit durch die Einführung von Windmotoren.

Gerade in Südtalien sind die Aussichten für den Maschinenabsatz günstig. Einerseits ist durch die aus Amerika Zurückgewanderten Geld ins Land gekommen, anderseits sind durch die Auswanderung die Arbeitslöhne beträchtlich in die Höhe gegangen. Allerdings hat die deutsche Industrie hier mit einem sehr scharfen amerikanischen Wettbewerb zu rechnen.

Ganz bedeutende Fortschritte hat in den letzten Jahren die italienische Kraftfahrzeugindustrie gemacht. Neben dem Absatz im eigenen Lande hat die Ausfuhr von Kraftwagen ständig zugenommen. Daß trotzdem auch die Einfuhrziffern immer noch gestiegen sind, beweist die Aufnahmefähigkeit des Marktes. Besonders in Kraftfahrrädern ist Italien noch auf eine erhebliche Einfuhr aus dem Ausland angewiesen; neben Deutschland bilden hauptsächlich Großbritannien, dann auch die Schweiz und Österreich-Ungarn die Bezugsquellen. Deutschland lieferte z. B. im Jahre 1912 mehr als das Doppelte an Kraftfahrzeugen als im Jahre 1911, nämlich für über $2\frac{1}{2}$ Millionen M.

Auch die Einfuhr wissenschaftlicher Instrumente aus Deutschland hat sich wesentlich gesteigert.

Aus den abgeschlossenen Ein- und Ausfuhrstatistiken der Jahre 1908 bis 1910 sind folgende Durchschnittszahlenwerte entnommen:

Wert der Gesamtmaschineneinfuhr nach Italien 140 Millionen M, Deutschlands Anteil 57 Millionen M, Großbritanniens $43\frac{1}{2}$ Millionen M, der Vereinigten Staaten 8 Millionen M.

Die hauptsächlich eingeführten Maschinen sind:

Textilmaschinen für 30 Millionen M; Anteil Deutschlands $7\frac{1}{2}$ Millionen M, Großbritanniens 17 Millionen M, der Schweiz $2\frac{1}{2}$ Millionen M.

Landwirtschaftliche Maschinen für 17 Millionen M; davon kommen $5\frac{1}{2}$ Millionen M auf Deutschland und ebensoviel auf die Vereinigten Staaten, auf Großbritannien $2\frac{1}{2}$ Millionen M, Österreich-Ungarn $1\frac{1}{2}$ Millionen M, Frankreich 1 Million M.

Lokomotiven für $11\frac{1}{2}$ Millionen M; davon kommen 10 Millionen M auf Deutschland.

Kraftwagen und Fahrräder für 11 Millionen M; Deutschland stark ein Drittel, Großbritannien und Frankreich etwas weniger.

Eisenbahnwagen für 10 Millionen M; Deutschland annähernd die Hälfte, Rußland und Belgien je 20 vH.

Nähmaschinen für 9 Millionen M, wovon die Hälfte deutsches Erzeugnis, ein Drittel aus Großbritannien.

Werkzeugmaschinen für 7 Millionen M aus Deutschland, für 1 Million M aus Großbritannien.

Dampf- und Gasmaschinen, Wasser- und Windmotoren für $6\frac{1}{3}$ Millionen M; aus Deutschland für $2\frac{1}{2}$ Millionen M, aus Vereinigten Staaten, Frankreich und Schweiz für je etwa $\frac{1}{2}$ Million M.

Sonstige Maschinen im Gesamtbetrage von 12 Millionen M, davon aus Deutschland mehr als zwei Drittel.

Leider geben Klagen aus industriellen Kreisen über schlechte Erfahrungen mit der italienischen Geschäftswelt immer wieder Anlaß, bei Lieferungen nach Italien dringend zur Vorsicht zu mahnen. Dieser Umstand kann begreiflicherweise der Förderung der Geschäftsbeziehungen zu Italien nicht dienlich sein.

Dieser Einfuhr steht eine Gesamtmaschinenausfuhr gegenüber im Werte von etwa 30 Millionen M, wovon nur ein ganz geringer Bruchteil auf Deutschland entfällt.

An Italiens Hauptausfuhrzweig, Kraftwagen und Fahrrädern, im Gesamtwert von 20 Millionen M ist Deutschland mit nicht ganz 1 Million M beteiligt, Großbritannien mit 5 Millionen M, die Vereinigten Staaten mit 2 Millionen M, ebenso Argentinien, Frankreich mit $2\frac{1}{2}$ Millionen M, Österreich-Ungarn mit 1 Million M; der Rest verteilt sich auf europäische und überseeische Länder.

Dampfmaschinen und Motoren aller Art werden ausgeführt für etwa $1\frac{1}{2}$ Millionen M, hauptsächlich nach Argentinien und Ägypten.

Von den landwirtschaftlichen Maschinen im Gesamtbetrage von $\frac{1}{2}$ Million M nimmt Argentinien den Hauptteil auf.

An Spaniens Maschineneinfuhr von rd. 70 Millionen M ist Deutschland mit 25 vH beteiligt, Großbritannien mit 50 vH.

Der Umstand, daß die Ausfuhrziffern der drei Wettbewerbsstaaten sämtlich kleiner sind als diejenigen der spanischen Einfuhrstatistik, ist darauf zurückzuführen, daß die spanische Statistik den Begriff „Maschine“ weiter faßt.

Die hauptsächlichsten Maschinen der Einfuhr sind:

Landwirtschaftliche Maschinen für $8\frac{1}{2}$ Millionen M; annähernd zur Hälfte aus den Vereinigten Staaten, zu 30 vH aus Großbritannien, zu 20 vH aus Deutschland.

Lokomotiven für 6 Millionen M; davon drei Viertel aus Deutschland.

Kraftfahrzeuge und Fahrräder für 5 Millionen M; Frankreich lieferte 75 vH, Deutschland und Großbritannien je 10 vH.

Textilmaschinen für $4\frac{1}{2}$ Millionen M; davon mehr als die Hälfte aus Großbritannien und etwa 15 vH aus Deutschland.

Nähmaschinen für $3\frac{1}{2}$ Millionen M; zu drei Vierteln aus Großbritannien.

Werkzeugmaschinen für $2\frac{1}{2}$ Millionen M, und zwar nahezu die Hälfte aus Deutschland.

Schreibmaschinen für 1,1 Millionen M; davon deckten die Vereinigten Staaten nahezu ein Viertel, Deutschland und Großbritannien waren nur je mit 15 vH beteiligt.

Sonstige Maschinen für 13 Millionen M; hiervon lieferte Deutschland die Hälfte, Frankreich ein Viertel.

Unter den eingeführten Kräftezeugern treten hauptsächlich hervor die Wasserkraftmaschinen. Zur Ausnutzung der Wasserkräfte von Flußläufen und Wasserfällen sind zahlreiche Turbinenanlagen errichtet, wobei sowohl die Turbinen als auch die elektrischen Einrichtungen vielfach von Deutschland bezogen sind; nach einer spanischen Statistik, die sich über mehrere Jahre erstreckt, betrug der Anteil Deutschlands an der Turbineneinfuhr bis zu zwei Dritteln des Gesamtbetrages.

Besonders stark steigerte sich in den letzten Jahren auch Spaniens Einfuhr an elektrischen Maschinen, Kabeln, Lampen usw., die größtenteils aus Deutschland kommen. Die zum Teil sehr bedeutenden Elektrizitätswerke geben ihre Kraft hauptsächlich zum Betrieb der Tuch-, Garn- und Papierfabriken ab. Elektrische Beleuchtung haben außer den Städten auch die meisten Ortschaften in der Umgebung von Elektrizitätswerken, so daß große Mengen Glühlampen gebraucht werden, wobei man den deutschen Erzeugnissen gern den Vorzug gibt.

Die Tuch- und Garnfabriken sind meistens mit englischen oder schweizerischen und nur vereinzelt mit deutschen Maschinen ausgerüstet.

In der Provinz Gerona ist besonders die Korkindustrie zu Hause. Im Jahre 1911 wurden für 25 Millionen M Korkstopfen, Scheiben und Würfel ausgeführt. Diese Erzeugnisse werden in den kleineren Ortschaften vielfach noch mit der Hand hergestellt; bei der Korkverarbeitung sind gute Messer ein Haupterfordernis, die bis jetzt fast ausschließlich von Frankreich geliefert werden. Die einschlägige deutsche Industrie könnte sich hier ein ohne Zweifel lohnendes Absatzgebiet schaffen. Die größeren Betriebe der Korkindustrie arbeiten mit den modernsten Maschinen, die meist in Spanien selbst hergestellt sind, aber auch aus Deutschland und Großbritannien bezogen werden.

Für den Abbau von Spaniens reichen Eisenerz- und Zinnlagern, für den Betrieb von Bleiminen usw. bilden sich immer wieder neue Gesellschaften, die als Abnehmer der einschlägigen Bergwerksmaschinen, Förderbahnen, Drahtseilbahnen usw. für die Einfuhr in Frage kommen. Die Kupfererze werden bis zu einem gewissen Grad im Lande verhüttet, die Betriebseinrichtungen der Hütten werden zum großen Teil aus dem Auslande bezogen.

In der letzten Zeit ist der Bau mehrerer neuer Eisenbahnlinien beschlossen worden, deren Ausführung in Spanien der Privatunternehmung überlassen ist, während der Staat die Unternehmer finanziell unterstützt. Dafür werden diese aber verpflichtet, in erster Linie spanisches Material zu verwenden; nur wenn die heimische Industrie versagt, soll das Ausland zu den Lieferungen herangezogen werden. Daher stehen der Lieferung von Eisenbahnmateriale nach Spanien einige Schwierigkeiten im Wege.

Neuerdings zeigt sich diese Bevorzugung heimischer Erzeugnisse auch bei städtischen Hafenanlagen, wobei für die Maschinenindustrie Kran- und Verladeanlagen in Frage kommen.

Portugal führte für rd. 15 Millionen M Maschinen ein, wovon ein Drittel von Großbritannien und nahezu ebensoviel von Deutschland bezogen wird, während auf die Vereinigten Staaten nur ein unbedeutender Anteil entfällt.

Schwedens Einfuhr an Maschinen beläuft sich auf rd. 22 Millionen M; Deutschland liefert davon die Hälfte, Großbritannien etwa ein Fünftel, die Vereinigten Staaten noch etwas weniger.

Die Unterschiede der Ein- und Ausfuhrstatistik weisen, insbesondere gegenüber den Zahlen für die Einfuhr der Vereinigten Staaten, darauf hin, daß vermutlich manche Erzeugnisse der Vereinigten Staaten bei der Ausfuhr als Erzeugnisse irgend eines Durchfuhrstaates, z. B. Großbritanniens, Deutschlands, Dänemarks, Norwegens, eingereicht werden.

Die hauptsächlich eingeführten Maschinen sind:

Textilmaschinen für nahezu 3 Millionen M; 50 vH aus Großbritannien, 40 vH aus Deutschland.

Kraftfahrzeuge für rd. 2 $\frac{1}{2}$ Millionen M; nahezu zur Hälfte aus Deutschland, ein Drittel aus Frankreich, der Rest aus Belgien und den Vereinigten Staaten.

Landwirtschaftliche Maschinen für 2 Millionen M; 50 vH aus den Vereinigten Staaten, 25 vH aus Deutschland.

Nähmaschinen für 2 Millionen M; je rd. 35 vH aus Großbritannien und den Vereinigten Staaten, 25 vH aus Deutschland.

Maschinen für die Zuckerindustrie für $1\frac{1}{2}$ Millionen M, fast ausschließlich aus Deutschland.

Maschinen für die Papierherstellung für 1 Million M, zu 60 vH deutsches Erzeugnis, 20 vH aus Großbritannien.

Die schwedische Maschinenindustrie hat mehr und mehr die Deckung des Bedarfes an Maschinen für die ausgedehnten Papierfabriken und Holzschleifereien selbst übernommen und führt diese Erzeugnisse neuerdings auch aus, besonders nach den nordischen Nachbarländern, aber auch nach Südamerika.

Schwedens Maschinenausfuhr hat bereits einen Gesamtwert von rd. 27 Millionen M.

Landwirtschaftliche Maschinen sind der Hauptzweig dieser Ausfuhr, und zwar handelt es sich fast ausschließlich um Sondermaschinen für die Milchwirtschaft. Für etwa 18 Millionen M solcher Maschinen werden nach allen Kulturstaaten der Welt, in der Hauptzahl aber nach den europäischen Ländern versandt; Deutschland nimmt für etwa 3 Millionen M davon auf.

An sonstigen Maschinen führt Schweden aus:

Motoren verschiedener Art für $4\frac{1}{2}$ Millionen M; davon gehen nach Deutschland nicht einmal 10 vH, sie finden meist Absatz in nördlichen Ländern: Norwegen, Dänemark, Rußland, Finnland.

Werkzeugmaschinen für Metall- und Holzbearbeitung für $1\frac{1}{2}$ Millionen M; diese gehen ebenfalls größtenteils nach den gleichen Ländern.

Textilmaschinen für nicht ganz 1 Million M nimmt zu 50 vH Großbritannien auf, den Rest Belgien, Frankreich und Deutschland.

Norwegens Maschineneinfuhr ist mit rd. 40 Millionen M beinahe doppelt so groß wie diejenige Schwedens, weil die norwegische Maschinenindustrie erst im Entstehen ist. Deutschland und Großbritannien sind an der Einfuhr mit je ungefähr einem Drittel beteiligt; bei dem Rest überwiegen Schweden und Dänemark.

Von Deutschland werden nach Norwegen hauptsächlich eingeführt Maschinen für die Holzstoff- und Papierherstellung, Werkzeugmaschinen für Metall- und Holzbearbeitung, Textilmaschinen und Wasserkraftmaschinen.

Dänemarks Industrie hat sich in den letzten Jahrzehnten im Vergleich zu seiner Landwirtschaft in einem sehr schnellen Schrittmaß entwickelt. Besonders in den letzten Jahren zeigt auch die Metallindustrie eine ansehnliche Zunahme.

Eine vor einigen Jahren veröffentlichte Statistik zeigt den ausgedehnten Gebrauch von landwirtschaftlichen Maschinen aller Art in Dänemark, von Dreschmaschinen mit Antrieb durch Dampf, Elektrizität oder Benzin- bzw. Petroleummotoren, Säemaschinen, Drillmaschinen, Mähmaschinen. Abgesehen von letzteren kommt der größere Teil dieser Maschinen aus Deutschland. Durch Urbarmachung ausgedehnter Moor- und Heidestriche in Jütland ist dort Bedarf in allen landwirtschaftlichen Maschinen eingetreten, so daß mit einem nicht unbedeutenden Absatz aller einschlägigen Maschinen, besonders auch kleiner und mittlerer Verbrennungskraftmaschinen, zu rechnen ist.

Maschinen für die Zuckerindustrie und Werkzeugmaschinen waren in letzter Zeit ebenfalls ein Hauptgegenstand der deutschen Ausfuhr nach Dänemark.

Wie sich die Absatzverhältnisse nach den Balkanstaaten entwickeln werden, wenn dort endgültig Ruhe und Ordnung wieder eingekehrt ist, muß

die Zukunft lehren. Jedenfalls wird die deutsche Maschinenindustrie gut daran tun, nichts zu versäumen, um neue Geschäftsbeziehungen anzuknüpfen und alte wieder aufzunehmen; denn es steht außer Zweifel, daß diese östlichen Länder bei einer ruhigen stetigen Entwicklung in den kommenden Jahren Kundschaft für den deutschen Maschinenhandel werden können. Leider wird in gewissen Kreisen der deutschen Industrie noch immer nicht ernstlich genug mit dem Markte der Balkanstaaten gerechnet.

Rumäniens Gesamteinfuhr an Maschinen beträgt rd. 30 Millionen M; Deutschland ist daran mit 25 vH, Großbritannien mit 10 vH und Österreich-Ungarn mit etwa 20 vH beteiligt.

In der Hauptsache werden folgende Maschinen eingeführt:

Landwirtschaftliche Maschinen, der Haupteinfuhrgegenstand Rumäniens, für $6\frac{1}{2}$ Millionen M, wovon Deutschland und Österreich-Ungarn ungefähr den gleichen Betrag von je 30 vH liefern.

Eisenbahnwagen für $5\frac{1}{2}$ Millionen M; zur Hälfte aus Belgien und zu je einem Fünftel aus Deutschland und Österreich-Ungarn.

Lokomotiven für $2\frac{1}{2}$ Millionen M; zu gleichen Teilen aus Deutschland, Großbritannien und den Vereinigten Staaten.

Kraftfahrzeuge und Fahrräder für $2\frac{1}{2}$ Millionen M; zu je rund einem Viertel aus Deutschland, Frankreich und Italien.

Kraftmaschinen für $2\frac{1}{2}$ Millionen M; davon 30 vH aus Deutschland, je 25 vH aus Großbritannien und Österreich-Ungarn.

Dampfmaschinen für $2\frac{1}{2}$ Millionen M; zu drei Vierteln aus Deutschland, nahezu einem Viertel aus Österreich-Ungarn.

Nähmaschinen für $1\frac{1}{2}$ Millionen M; drei Viertel aus Deutschland, der Rest aus Großbritannien und den Vereinigten Staaten.

Werkzeugmaschinen für 1 Million M; zu zwei Dritteln aus Deutschland, 20 vH aus Österreich-Ungarn.

Textilmaschinen für 1 Million M; zur Hälfte aus Deutschland, kleinere Beträge aus Großbritannien und Österreich-Ungarn.

Bei einigen Sondermaschinen für die Landwirtschaft sind die Vereinigten Staaten mit rd. 20 vH und Großbritannien mit 10 vH an der Einfuhr beteiligt, so bei Getreidemähern und Getreidebindern, Strohpressen und Dampfpflügen. Bei den anderen Arten der landwirtschaftlichen Maschinen: Pflügen, Eggen, Säemaschinen, Windreutern usw., besteht eine Wechselwirkung zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn derart, daß ein Fortschritt des einen stets auf Kosten des anderen geht. Die österreichischen Firmen gehen vielfach dadurch als Sieger aus dem Wettbewerb hervor, daß sie ihren Abnehmern mehr entgegenkommen, sowohl durch Erleichterung der Zahlungsbedingungen als auch durch Ausführung der Maschinen nach den besonderen Bedürfnissen der Besteller.

In Bulgarien war vor dem Kriege im Jahre 1911 das Maschinengeschäft günstig. Besonders die deutsche Maschinenindustrie eroberte sich ein weites Feld und wußte sich durch ihre guten Erzeugnisse eine bevorzugte und führende Stellung zu verschaffen.

Von Deutschland wurden Maschinen verschiedenster Art eingeführt und vor allem ganze Industrieanlagen fertiggestellt.

Nach einer Statistik des Jahres 1910 betrug die Gesamteinfuhr an Maschinen etwa 15 Millionen M, die sich im einzelnen wie folgt verteilt:

Eisenbahn- und Straßenbahnwagen für $2\frac{1}{2}$ Millionen M; davon aus Deutschland für 1,7 Millionen M.

Lokomotiven und Lokomobilen für 2 Millionen M, wovon Deutschland mehr als die Hälfte lieferte.

Landwirtschaftliche Maschinen für 2 Millionen M, wovon nur 15 vH auf Deutschland entfielen. Den Hauptanteil mit etwa 40 vH hatte Österreich-Ungarn; Großbritannien und die Vereinigten Staaten deckten je 20 vH.

Näh- und Strickmaschinen für 1 Million M; davon aus Deutschland die Hälfte, aus Großbritannien weitere 40 vH.

Sonstige Maschinen (wegen der geringen Unterteilung des Zolltarifes ist dieser Sammelposten ziemlich umfangreich) für $5\frac{1}{2}$ Millionen M; davon kommen auf die deutsche Industrie 3 Millionen M, also etwas mehr als die Hälfte, auf Österreich-Ungarn 1 Million M und auf Großbritannien 0,7 Million M.

Nach Serbien wurden im Jahre 1911 für etwa 10 Millionen M Maschinen, Apparate, Fahrzeuge usw. eingeführt (im Jahre 1910 nur für 5 Millionen M), wovon ein sehr bedeutender Anteil auf Deutschland entfällt.

Die Einfuhr an Dampfkesseln, Dampfmaschinen, Lokomobilen, Turbinen für Mühlen- und Sägewerke, Druckereimaschinen wird sich in Zukunft noch erweitern lassen. In der Elektrotechnik entfiel auf Deutschland über die Hälfte der eingeführten Waren und es dürfte nicht schwer fallen, diesen bevorzugten Platz zu behaupten.

Die Einfuhr von Fahrzeugen aller Art hat sich im Jahre 1911 auf die ansehnliche Summe von rd. 3 Millionen M erhöht, wovon nahezu die Hälfte der Lieferung von Eisenbahnwagen der verschiedensten Art auf Deutschland entfiel. Die serbische Staatsbahn vergab größere Lieferungen nicht nur von Wagen, sondern auch von Lokomotiven nach Deutschland, und bei dem weiteren Ausbau des serbischen Bahnnetzes dürfte sich auch in den nächsten Jahren Absatz Gelegenheit für die deutschen Erzeugnisse bieten.

In der Lieferung von Kraftwagen und Fahrrädern nach Serbien steht die deutsche Industrie ebenfalls an erster Stelle.

In landwirtschaftlichen Maschinen ist der deutsche Einfuhranteil zwar in ständigem Steigen begriffen, steht aber gegenüber den Zahlen von Österreich-Ungarn und Großbritannien noch sehr im Hintergrund. Die österreichisch-ungarische Industrie unterhält ständige reichhaltige Lager in Belgrad, wo stets alle in Betracht kommenden landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte besichtigt werden können. Dieser Vorteil sichert natürlich der österreichisch-ungarischen Industrie einen Vorsprung vor der deutschen, die eine derartige Einrichtung einstweilen noch nicht getroffen hat.

Der Bedarf von Benzin- und Naphthamotoren für landwirtschaftliche Zwecke, besonders für Mühlenbetriebe, wächst ständig. Im Bezuge derselben zeigt sich bis jetzt keine besondere Bevorzugung irgend eines Landes, daher ist für die deutsche Motorenindustrie durchaus die Möglichkeit vorhanden, sich hierin den Hauptabsatz zu sichern.

Auch aus Serbien hört man Klagen über zu geringes Entgegenkommen der deutschen Firmen in den Zahlungsbedingungen.

Griechenland wird nach der endgültigen Regelung der Verhältnisse in erhöhtem Maß ein Absatzgebiet für die ausländische Industrie sein. Während des Balkankrieges ist von manchen Firmen, die nach Griechenland ausführten, mit übertriebener und unberechtigter Schroffheit beim Einzug von außenstehenden Forderungen vorgegangen, und bei neuen Lieferungen sind vielfach Vorauszahlungen verlangt worden, so daß alte, bewährte Kunden, durch solche Behandlung abgestoßen, sich nach anderen Bezugsquellen umgesehen haben.

An der Maschineneinfuhr nach Griechenland, die einen Gesamtwert von 2 Millionen M erreichte, waren Deutschland und Großbritannien mit je ungefähr 0,7 Million M beteiligt, während auf die Vereinigten Staaten kaum 0,1 Million M entfielen.

Beachtenswert ist, daß die griechische Einfuhrstatistik so erheblich geringere Werte aufweist als die Ausfuhrstatistiken der Wettbewerbländer.

Von eingeführten Maschinen sind zu erwähnen landwirtschaftliche und gewerbliche Maschinen im Gesamtwerte von etwa 0,6 Million M; davon entfallen auf Deutschland und Großbritannien je ungefähr 40 vH, während der Rest im wesentlichen von Österreich-Ungarn und den Vereinigten Staaten geliefert wurde.

Antriebsmaschinen und Maschinenteile erreichen ebenfalls etwa 0,6 Million M; Deutschland ist mit $\frac{1}{4}$ Million M, Großbritannien mit nicht ganz $\frac{1}{3}$ Million M und Österreich-Ungarn mit 100 000 M beteiligt.

Von den für 0,4 Millionen M eingeführten Nähmaschinen lieferte Deutschland etwa 30 vH, Großbritannien dagegen 60 vH, der Rest kam aus Österreich-Ungarn und einigen anderen Ländern.

Bei der Türkei kommt einstweilen hauptsächlich der Bezug von landwirtschaftlichen Maschinen in Frage; dabei sind sowohl an der Küste, wie auch neuerdings im Binnenlande viele Dampfpflüge und Dreschmaschinen in Gebrauch, allerdings meist englische oder amerikanische Erzeugnisse.

Durch ein neues türkisches Gesetz haben die Regierungen der Wilajets (Provinzen) erhöhte Selbständigkeit erhalten und damit u. a. die Befugnis zur Vergebung gewisser Konzessionen, z. B. Straßenbahn-, Automobil- und Omnibuslinien, Wasserleitungen, Beleuchtung in Städten, Flußregulierungen, Bewässerungsanlagen usw. Diese Neuordnung dürfte für die deutschen Finanz- und Industriekreise von Bedeutung sein und sie veranlassen, tüchtige Vertreter zur Beobachtung und Berichterstattung zu bestellen, um beim Auftauchen neuer Pläne sofort erfolgreich in Wettbewerb zu treten und der deutschen Industrie, nicht zum wenigsten der Maschinenindustrie, lohnende Arbeit zuzuführen.

(Fortsetzung folgt.)

II. DER GELD- UND WARENMARKT.

Diskont- und Effektenkurse im Juni und Juli 1916.

Der internationale Börsenverkehr, soweit von einem solchen gesprochen werden kann, zeigte gegenüber den Vormonaten grundsätzlich keine wesentlichen Veränderungen. Im großen und ganzen gab nach wie vor New York den Ton an und namentlich Londons Börse hing durchaus von den Verhältnissen jenseits des Ozeans ab, wie überhaupt das Wirtschaftsleben Englands, abgesehen von den Kriegsverhältnissen, von dem der Union dauernd beeinflusst wird. Die Börsen der Mittelmächte sind ohne jede Beziehung zu den übrigen Börsen und führen ihr eigenes Leben. An der New Yorker Börse

war im Juni die Tendenz recht schwankend anfangs trat eine starke Verflauung auf den deutschen Seesieg am Skagerrak ein, dann folgte wiederum Belebung, weiterhin abermalige Abschwächung aus Furcht vor Ausständen der Eisenbahnarbeiter, vor allem aber vor der Zuspitzung des mexikanischen Konfliktes, der eine plötzliche Verschiebung der Kriegskonjunktur der Vereinigten Staaten mit sich zu bringen drohte. Da diese Verschärfung keine weiteren Folgen nach sich zog, hat man sich wieder beruhigt. Indessen sind die New Yorker Kurse doch wesentlich niedriger geworden und haben sich erst wieder in der zweiten Juliwoche etwas erholt, wie nachstehende Zahlentafel zeigt, die die Bewegung einiger Hauptwerte der New Yorker Börse wiedergibt.

	31. Mai	15. Juni	30. Juni	15. Juli	31. Juli	10. August
Atchison Top. u. St. Fé.	105 ¹ / ₄	106	104 ¹ / ₈	104 ¹ / ₄	102 ¹ / ₂	102 ¹ / ₂
Baltimore u. Ohio	91 ¹ / ₂	91 ¹ / ₈	89 ¹ / ₂	89	85	86 ¹ / ₂
Canadian Pacific	177 ¹ / ₄	176 ¹ / ₄	178 ¹ / ₂	177 ¹ / ₂	176 ¹ / ₂	175 ¹ / ₂
American Can	56	57 ¹ / ₄	52 ¹ / ₄	54 ¹ / ₂	55 ¹ / ₂	56 ¹ / ₄
American Car & Foundry	59	60 ¹ / ₄	54 ¹ / ₂	53 ¹ / ₄	58	58
American Smelting Ref.	96 ¹ / ₄	97 ¹ / ₈	93 ¹ / ₄	92 ¹ / ₂	93 ¹ / ₄	94
Anaconda Copper Mining	63 ¹ / ₈	65 ¹ / ₈	62 ¹ / ₂	78 ¹ / ₂	78 ¹ / ₂	81 ¹ / ₂
Bethlehem Steel	445	440	435	440	445	430
General Electric	170 ¹ / ₂	170	166	164	168	168 ¹ / ₄
Unit. Stat. Steel Corp.	84 ¹ / ₂	86 ¹ / ₄	85 ¹ / ₄	84 ¹ / ₈	86 ¹ / ₂	87 ¹ / ₂

Die Londoner Börse hat eine etwas festere Haltung zur Schau getragen, was darin begründet lag, daß infolge der Verödung des Amerikaner Marktes, die durch die Uebertragung amerikanischer Eisenbahnwerte nach New York eintrat, das Publikum sich desto mehr den übrigen noch verbleibenden Wertgebieten zuwandte und auf diesen stärkere Käufe tätigte. Dies hatte wiederum zur Folge, daß namentlich englische Konsols Mitte Juni einige Prozent stiegen, ohne indessen diese Aufwärtsbewegung aufrecht erhalten zu können. Anfang Juli wurden die letzten Mindestkurse außer Kraft gesetzt, worauf dann namentlich in diesen Werten lebhaftere Rückgänge eingetreten sind. Die unentschiedene Lage an der Westfront hat die Börse natürlich enttäuscht, aber doch bislang keinerlei dauernde Wirkung ausgeübt. Letztere trat vielmehr erst nach Versteifung der New Yorker Börse ein, die dann von der Bank von England mit der Heraussetzung des Diskonts beantwortet wurde. Dadurch und durch die Enthüllungen Mac Kennas über die erhöhten Kriegskosten geriet die Börse in eine durchaus unbehagliche Stimmung. Vor allem waren es Konsols und Krieganleihen, aber auch französische Renten und russische Anleihen, die einem starken Druck ausgesetzt waren. Matt verkehrten auch Gummi- und Petroleumwerte, fester dagegen russische Bergwerksgesellschaften und sehr fest Schifffahrtswerte. Die Pariser Börse war im Juni, abgesehen von einer vorübergehenden Belebung in Rüstungswerten, recht ruhig bei starkem Angebot von französischer Rente. Auch in Frankreich dauerte das Abfließen fremder Effekten nach dem neutralen Auslande weiter fort. So sind von den bisher in Paris ruhenden 1 Milliarde Fr spanischer Werte mehr als der vierte Teil, d. h. etwas über 230 Mill. Fr in das Heimatland zurückgeflohen. Im Juli war die Börse auf bekannt gegebene Siegesmeldungen sehr fest, doch waren die Umsätze äußerst beschränkt. 3-proz. französische Renten stiegen auf 64,60 vH. 5-prozentige Krieganleihen auf 90,60 vH, d. h. um 2 ¹/₂

bezw. 1,60 vH. In allen übrigen Werten waren die Umsätze äußerst geringfügig, und selbst spanische Bahnwerte blieben von den ungünstigen Meldungen über den spanischen Eisenbahnstreik völlig unberührt. An der Amsterdamer Börse war gleichfalls der Verkehr überaus ruhig. Von den amerikanischen Werten waren lediglich Stahltrust- und Schifffahrtswerte gesucht. Andererseits hat sich auch für Anlagewerte bei gebesserten Kursen Nachfrage erhalten. Tabakaktien erlitten zeitweise einen starken Druck in Erwartung der Schwierigkeiten, die England den Tabakverschiffungen machen würde, während Zuckerwerte angesichts der günstigen Aussichten der Javaerte fest blieben und auch Kautschukaktien gute Verfassung zeigten. An der Wiener und Budapester Börse ist es infolge der militärischen Ereignisse im Osten wieder zu starken Entlastungsverkäufen gekommen, welche die Markthaltung namentlich im Juni stark verflauen ließen. Später trat dann eine lebhaftere Erholung ein.

Die Berliner Börse stand in den letzten beiden Monaten andauernd unter dem Einfluß der überaus ungünstig einwirkenden Bestrebungen zur Eindämmung der Effekten Spekulation und den von der Regierung dazu angekündigten Maßnahmen. Die russische Offensive hatte gleichfalls eine zeitweilige Glatzstellung und Verflauung herbeigeführt. Immerhin ist der Kursrückgang nicht allzu groß gewesen. Im Juli haben diese Umstände zunächst noch weiter fortgewirkt. Unter dem Einfluß der politischen Erörterungen war die Börse ebenfalls überaus zurückhaltend und nur wenige Werte hoben sich aus der allgemeinen Geschäftslosigkeit hervor. Günstigere Berichte haben indessen der Börse eine gewisse Widerstandsfähigkeit gegen weitere Kursentwertungen verliehen, und schließlich haben gute Nachrichten aus der heimischen Industrie dem Markt sogar Ende des Monats eine lebhaftere Haltung gegeben. Die Erwartungen auf den Abschluß des Bochumer Gußstahl-Ereignisses, der um diese Zeit stets im Vordergrunde

des Interesses der Börse zu stehen pflegt, sind nicht gefächelt worden und haben auch auf den Preisstand anderer Montanwerte erhöhend eingewirkt, stellenweise sogar etwas lebhaftere Umsätze in einzelnen Montanwerten hervorgerufen. Auch Rüstungswerte sind nach wie vor fest geblieben, während Schiffahrtswerte zunächst nachgaben, dann aber doch im ganzen wieder eine gewisse Festigkeit erlangten.

Wechselkurse.

Die fremden Wechselkurse, die jetzt amtlich notiert werden, haben im Juni eine überaus

stetige Haltung gezeigt. Die holländische Devisen hat sich freilich eine Kleinigkeit verschlechtert, dagegen sind die nordischen Wechselkurse jetzt eher wieder etwas günstiger geworden. In erster Linie haben die Beschränkung der Einfuhr und die Förderung der Ausfuhr an dieser Besserung teil. Im Juli ist eine wesentliche Verschlechterung des New Yorker Wechselkurses zu verzeichnen gewesen, während die holländische Devisen unverändert blieb, die skandinavischen Wechselkurse aber eine weitere Besserung zeigten. Einzelheiten sind aus nachstehender Zahlentafel zu entnehmen:

	Parität	Telegraphische Auszahlung							
		31. Mai		30. Juni		31. Juli		10. August	
		Geld	Brief	Geld	Brief	Geld	Brief	Geld	Brief
New York (1 Dollar)	4,198	5,175	5,195	5,175	5,195	5,37	5,39	5,37	5,39
Holland (100 holl. Gulden)	168 ³ / ₄	223 ¹ / ₂	224	224 ¹ / ₂	225 ¹ / ₂	225 ³ / ₄	226 ¹ / ₄	225 ³ / ₄	226 ¹ / ₄
Dänemark (100 Kronen)	112 ¹ / ₂	161 ¹ / ₄	161 ³ / ₄	158,75	159,25	157 ¹ / ₂	158	157 ¹ / ₄	157 ³ / ₄
Schweden (100 Kronen)	112 ¹ / ₂	161 ¹ / ₄	161 ³ / ₄	158,65	159,25	157 ¹ / ₂	158 ¹ / ₄	157 ¹ / ₄	158 ¹ / ₄
Norwegen (100 Kronen)	112 ¹ / ₂	161 ¹ / ₂	162	158,75	159,25	157 ¹ / ₂	158 ¹ / ₄	157 ¹ / ₄	158 ¹ / ₄
Schweiz (100 Franken)	81,00	103	103 ³ / ₄	102 ⁷ / ₈	103 ¹ / ₂	103 ¹ / ₂	103 ³ / ₈	104 ¹ / ₈	104 ³ / ₈
Oesterreich-Ungarn (100 Kronen)	85,05	69,70	69,80	69,50	69,60	69,45	69,55	69,45	69,55
Rumänien (100 Lei)	81,00	86 ¹ / ₈	86 ⁵ / ₈	86 ¹ / ₈	85 ¹ / ₄	86 ¹ / ₄			
Bulgarien (100 Levas)	81,00	78 ¹ / ₂	79 ¹ / ₂	79	80	79 ¹ / ₂	80 ¹ / ₂	79	80

Die Bewegung der Wechselkurse an ausländischen Plätzen ist aus folgender Zahlentafel zu erkennen.

	es notierten	Parität	Ende April	Ende Mai	Ende Juni	Ende Juli	10. August
New York							
Berlin (Sicht)	400 M in Doll.	96,28 Doll.	74 ⁷ / ₈	77 ¹ / ₈	73	72	72
London (60 Tage)	1 £ in Doll.	4,866 "	4,7325	4,7275	4,72	4,7150	4,7150
Cable transfers	1 £ in Doll.	4,866 "	4,7690	4,7650	4,7640	4,7650	4,7645
Paris (Sicht)	1 Doll. in Fr	5,18 Fr	5,93	5,92	5,9075	5,9075	5,9175
Amsterdam							
Scheck Berlin	100 M in Gld.	59 Gld.	44,20	44,62 ¹ / ₂	43,65	43,17 ¹ / ₂	43,22 ¹ / ₂
London	1 £ in Gld.	12,07 "	11,38	11,49 ¹ / ₂	11,51	11,51 ¹ / ₄	11,53 ¹ / ₄
Paris	100 Fr in Gld.	48,08 "	40,25	40,82 ¹ / ₂	40,97 ¹ / ₂	40,95	41,00
Paris							
Wechsel auf London	1 £ in Fr	25,13 Fr	28,27	28,185	28,135	28,125	28,125
" " New York	100 Doll. in Fr	516 ¹ / ₄ "	592,50	591,50	590,50	590,50	590,50
" " Rom	100 Lire in Fr	100 "	94	93,50	92,50	91,50	91,50
" " Amsterdam	100 Gld. in Fr	208 "	249	245,50	245	245	244
" " Schweiz	100 Franken in Fr	100 "	113,50	112,50	111,50	111,50	111,50
" " Petersburg	100 Rubel in Fr	264,75 "	183,50	181,50	181,50	179,50	180
London							
Wechsel auf Paris	1 £ in Fr	25,22 Fr	28,75	28,65	28,55	28,52	28,55
" " Petersburg	10 £ in Rubel	94,6 Rbl	156 ¹ / ₂	155 ⁵ / ₈	155 ⁷ / ₈	157 ¹ / ₃	156 ³ / ₄
" " Amsterdam	1 £ in Gld.	12,11 Gld.	11,25 ¹ / ₂	11,70	11,69 ¹ / ₂	11,67 ¹ / ₃	11,67
Wien							
Marknoten	100 M in Kr	117 ³ / ₄ Kr	143,85	143,25	143,45	143,45	143,80
Schweiz	100 Franken in Kr	93,3 "	150,75	148,50	149	149,75	150,25
Amsterdam	100 Gld. in Kr	198 "	326,50	321,50	323,75	324,75	325,00
Rubel	100 Rubel in Kr	254,34 "	259	263,50	263,50	268,50	270,50

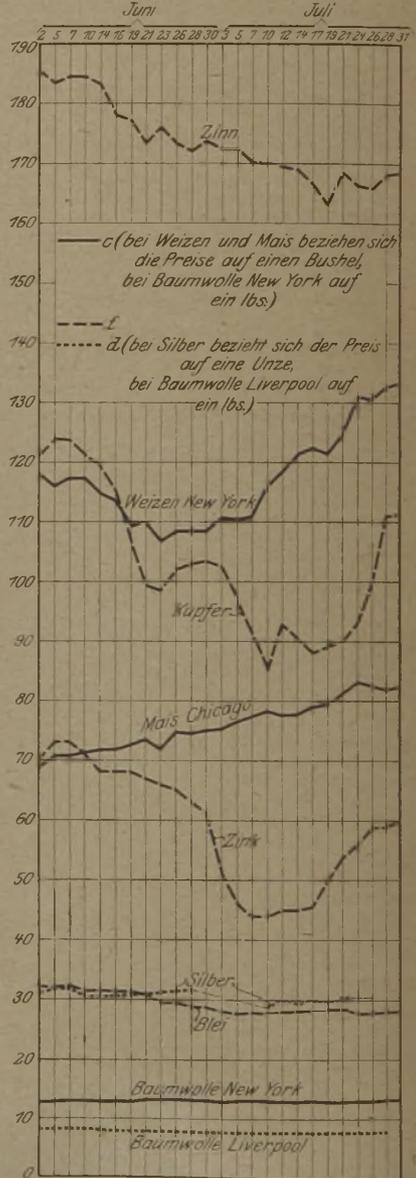
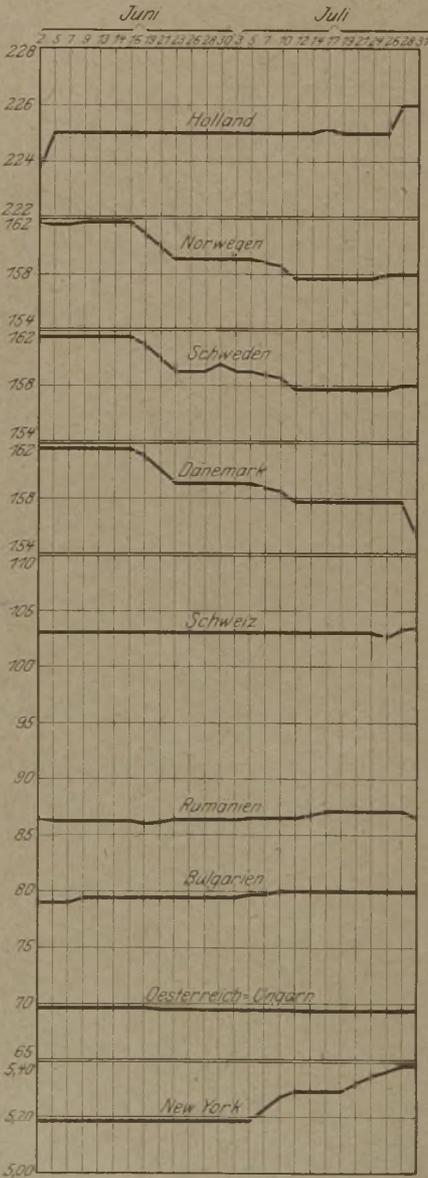
Die Pariser Devisen in London zeigten auch im Juni und Juli nach einem leichten Rückgang eine bessere Gestalt, während der Rubelkurs wieder etwas angezogen hat. Weiterhin hat sich die holländische Devisen in London verschlechtert. Die spanische Devisen, die ebenfalls zu ungunsten Londons zurückgegangen war, konnte sich trotz starker Goldsendungen nach Spanien nur unwesentlich bessern. In Paris läßt sich eine leichte Besserung des New Yorker Wechsel-

kurses feststellen. Der Rubelkurs hat sich wiederum etwas zugunsten Rußlands bewegt. Dagegen ist die spanische Devisen trotz des starken Abflusses spanischer Wertpapiere aus französischem Besitz in das Heimatland nach wie vor ungünstig gewesen. In New York verzeichnen sämtliche fremden Wechselkurse mit Ausnahme des französischen eine weitere Verschlechterung für die betreffenden Länder.

Der Warenmarkt im Juni und Juli 1916.

An den amerikanischen Getreidemärkten haben die Preise im Juni eine rückläufige Bewegung eingeschlagen, obwohl die Ernteaussichten keineswegs so günstig wie im Vorjahr waren. Dieser

Rückgang hängt vor allem mit den außerordentlich großen Vorräten an alter Ernte in den Vereinigten Staaten zusammen. Die Frachtsätze, die bisher recht hoch waren, haben eine wesentliche Ermäßigung erfahren und damit hat sich die Ausfuhr nach den englischen Märkten wesentlich gehoben. So sind denn hier die Notierungen nicht unerheblich zurückgegangen. Im Juli bietet



die Marktentwicklung in der Union das entgegengesetzte Bild. Die Weizenpreise haben, soweit noch alte Ernte verfügbar war, stark angezogen und erreichten Ende des Monats einen Rekordstand. Etwas weniger scharf ausgesprochen war die Aufwärtsbewegung für Mais, die sowohl im Juni wie im Juli beobachtet wurde und gleichfalls die Preise auf einen lange nicht erlebten Stand führte. Anfang Juni stellte sich der Preis für Hard Winterweizen in New York auf 118 cents, Ende des Monats war er auf 108 $\frac{1}{2}$ gefallen und im Juli zog er auf 133 $\frac{1}{4}$ cents an. Der Maispreis in Chicago stellte sich Anfang Juni auf 66 $\frac{1}{2}$ cents, Ende Juni auf 75 cents und Ende Juli auf 83 cents. Die Ernteaussichten, die im Juni infolge der kälteren und nassen Witterung in Deutschland nicht so günstig wie im Mai waren, haben sich dann im Juli wieder wesentlich gebessert, so daß aller Voraussicht nach mit einer recht guten Ernte gerechnet werden darf. Weit weniger gut sind die Aussichten der Getreideernte in den Ententeländern. An den Metallmärkten hat sich die Preissteigerung der Vormonate, die freilich schon Ende Mai zum Stillstand gekommen war, in einen Rückgang verwandelt. Die Preise sind also noch weiter zurückgegangen. So ist der Londoner Kupferpreis, der Anfang Juni sich auf 121 £ stellte, nachdem er nur ganz vorübergehend einen Stand von 124 £ angenommen hatte, im Laufe des Monats nach und nach auf 96 £ gesunken. Nach vorübergehender Steigerung Ende Juni auf 104 £ fiel er abermals und erreichte in der dritten Juliwoche mit 88 £ einen Tiefstand, konnte sich dann aber wieder bis Ende des Monats auf 111 £ erholen. Der Zinpreis wich in London im Juni von 185 $\frac{1}{2}$ £ auf rund 173 £ und im Juli weiter auf 163 £. In den letzten Julitagen bewegte er sich zwischen 166 und 168 £. Stark rückläufig ist auch der Zinkpreis gewesen, der Anfang Juli noch etwas über 70 £ notierte und bis Ende des Monats auf 61 £ zurückging. Im Juli fand ein weiterer Rückgang auf 44 £ statt, dem dann aber wieder eine allmähliche Steigerung auf 60 £ folgte. Der Bleipreis zeigt ebenfalls einen langsamen und dauernden Rückgang. Einem Höchststand von 32 £ Anfang Juni entsprach Ende Juni ein Preis von 28 $\frac{1}{4}$ £ und Mitte Juli ein Preis von 28 £. In der zweiten Julihälfte hat sich der Preis zwischen 27 $\frac{1}{4}$ £ und 28 $\frac{1}{4}$ £ bewegt. Auch der Silberpreis, der im Mai einen nicht erlebten Hochstand von 37 d erreicht hatte, ist im Juni und Juli langsam zurückgegangen. Er betrug Ende Juni noch etwa 31 $\frac{1}{2}$ d, Mitte Juli 29 $\frac{1}{2}$ d, während er in der zweiten Julihälfte langsam wieder auf 30 $\frac{1}{2}$ d stieg. An den deutschen Eisenmärkten läßt sich eine weitere gute Beschäftigung bei völliger Aufrechterhaltung der Preise feststellen. Die bisherigen Preiserhöhungen für Halb und Fertigfabrikate wurden beibehalten, weitere Erhöhungen indessen auf Grund von Verhandlungen mit der Regierung nicht vorgenommen. Das Geschäft für sämtliche Eisenerzeugnisse blieb dauernd lebhaft. Die Eisenbörse in Glasgow ist geschlossen, so daß keine Preisnotierungen stattfinden. Immerhin dürften in England die Eisenpreise weiter gestiegen sein. Die Baumwollpreise haben sich trotz des nicht ungünstigen Saatenstandes in der Union weiter gehoben und stellen sich Ende Juni in New York auf 13,15 cents gegen 12,65 Anfang des Monats. Anfang Juli ist ein vorübergehender Rückgang auf 12,95 cents eingetreten, dem dann aber ein stärkerer Preisaufschlag auf 13,35 cents folgte, eine Bewegung, die in Liverpool durchaus mitgemacht wurde. Die Wollpreise sind in der ganzen Welt, vor allem auch in England, weiter hoch geblieben.

Mendel.

Stärkung der japanischen Finanzen durch den Weltkrieg.

Im Jahre 1915/16 beliefen sich die Staatseinnahmen Japans auf 630 Mill. Yen, die Ausgaben auf 584 Mill. Yen gegenüber einem Vorschlag von 557 bzw. 492 Mill. Yen. In der Befürchtung, der Krieg würde die Staatseinnahmen wie 1914/15 ungünstig beeinflussen, traf die Regierung für 1915/16 außerordentliche Sparmaßnahmen, die zur Folge hatten, daß die ordentlichen Einnahmen die ordentlichen Ausgaben um 125 Mill. Yen überstiegen. Durch außerordentliche Ausgaben für die Landesverteidigung und sonstige Maßnahmen, die die Kriegslage mit sich brachte, wurde dieser Überschuß nahezu aufgewogen, so daß als Vortrag für 1916/17 an Stelle der vorgesehenen 545 Mill. Yen nur 13 Mill. gebucht werden konnten. Nur durch äußerste Einschränkung der Ausgaben konnte das Budget für 1916/17 in Ausgabe und Einnahme mit 553 Mill. Yen in Einklang gebracht werden. Verglichen mit dem Stande der Ausgaben und Einnahmen der letzten Jahre vor dem Kriege bedeutet das einen erheblichen Rückgang der Staatseinnahmen (1907/08 857 Mill. Yen, 1908/09 795 Mill. Yen, 1909/10 677 Mill. Yen, 1913/14 472,2 Mill. Yen) bei ungefähr gleichbleibenden Ausgaben (1907/08 602 Mill. Yen, 1908/09 636 Mill. Yen, 1909/10 533 Mill. Yen, 1913/14 574 Mill. Yen). Die Lage der staatlichen Finanzen ist also nicht besonders günstig. Es ist aber anzunehmen, daß sich bei fortdauernd günstiger Konjunktur, aktiver Handelsbilanz und wachsenden Kriegslieferungen die Lage stetig bessern wird, wenn nicht nach Friedensschluß Rückschläge eintreten. Da die im Kriege befindlichen europäischen Länder kaum in der Lage sein werden, gleich nach Friedensschluß den Wettbewerb auf den für Japan wichtigen Märkten wieder aufzunehmen, besteht immerhin dank der Kriegskonjunktur die Möglichkeit einer Gesundung der japanischen Finanzen.

Was die Kriegslieferungen angeht, so hat die japanische Regierung für Bezahlung in einer Weise gesorgt, daß die nötigen Mittel sofort greifbar wurden. Japan hat sich nicht auf den Versuch eingelassen, für die Lieferungen russische Kriegaanleihe oder Schatzscheine in Zahlung zu geben, es hat in der Hauptsache auf Goldzahlung bestanden, und als diese Rußland unmöglich wurde, die Abtretung eines Teiles der Ostchinesischen Bahn durchgesetzt, der gegen Erstattung einer Kaufsumme, über deren Höhe noch genauere Angaben fehlen (14 bis 20 Mill. Yen), an die Südmandschurische Eisenbahngesellschaft übergehen wird. Die noch nicht bezahlten Lieferungen Privater werden teilweise mittels dieser Summe und einer kürzlich in Japan eingetroffenen Geldsendung in Höhe von 20 Mill. Yen gedeckt werden; für den Rest muß Rußland eine hochverzinsliche Anleihe in Japan aufnehmen.

Für das laufende Jahr ist nach japanischen Berichten die Heeres- und Marineverwaltung wie die Privatindustrie mit Kriegsaufträgen seitens der Verbündeten so reichlich versehen, daß die Bewältigung Schwierigkeiten macht. Die Regierung sucht denn auch, nachdem sie selbst schon bis an die äußerste Grenze der Leistungsfähigkeit beschäftigt ist, mit allen Mitteln Privatleute bei der Errichtung und Ausdehnung von Hochofenwerken, Eisengießereien und Schiffswerften, der Umwandlung von Maschinen- in Geschloßfabriken und der Neugründung von Werkstätten für Kriegsbedarf aller Art zu fördern. Die Aufträge der Militärarsenale für 1916 belaufen sich auf 80 Mill. Yen, die der Marinearsenale

auf 20 Mill. Yen, während private Munitions-, Eisenbahn- und sonstige Werkstätten Aufträge für etwa 20 Mill. Yen annehmen konnten. Daneben liegen in der Wolleweberei und in der Lederindustrie allein von russischer Seite Aufträge für etwa 40 bis 50 Mill. Yen vor, die bis Ende 1916 auszuführen sind. Erst kürzlich hat die japanische Regierung wiederum einen Auftrag auf Lieferung von Munition in Höhe von 45 Mill. Yen erhalten, der bis April 1917 zu erledigen ist. Somit stellt sich heute schon der Bestand an Bestellungen für 1916 allein in der Kriegsindustrie auf über 200 Mill. Yen. Im Jahre 1914 wurden für etwa 50 Mill. Yen Kriegsaufträge ausgeführt, 1915 für annähernd 200 Mill. Yen.

Den aus den Kriegslieferungen, den Schifffahrtsgewinnen und der aktiven Handelsbilanz (Ueberschuß 1915 und erstes Halbjahr 1916 zusammen 264 Mill. Yen) entstehenden Kapitalzufluß hat die Regierung dazu benutzt, durch Aufnahme innerer Anleihen eine Konvertierung der äußeren Schuld in die Wege zu leiten. Davon wurden neben der 4^{1/2} proz. Sterling-Anleihe von 1905 zunächst 100 Mill. Fr. der japanischen Obligationen betroffen, die sich in französischen Händen befinden. Infolge der aktiven Handelsbilanz konnte Japan auch daran gehen, einen Teil der zur Stütze der Valuta in London und New York lagernden Goldreserven ins Land zurückzuführen. Der Goldvorrat Japans belief sich Mitte Juni auf 560 Mill. Yen (Ende 1913 371 Mill. Yen), wovon sich 170 Mill. Yen in Japan, 110 Mill. Yen in New York und 280 Mill. Yen in London und Paris betanden.

Der Bestand an Zahlungsmitteln des Schatzamtes wies mit über 100 Mill. Yen gegenüber der gleichen Periode des Vorjahres einen Zuwachs von 50 Mill. Yen auf, der zum größten Teil auf die staatlichen Munitionslieferungen und den Verkauf von Kriegsschiffen zurückzuführen ist, zum Teil auch noch von dem Ertrag der letzten inneren Anleihe herrührt. Dank diesen außerordentlichen Einnahmen hat die Regierung trotz des im Winter 1915/16 bewilligten Aufschubes für die Grundsteuer keinen Mangel an Barmitteln. Die Guthaben der Regierung bei der Bank von Japan weisen mit rd. 330 Mill. Yen gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres eine Zunahme um etwa 180 Mill. Yen auf. Auch in dieser Summe ist neben Steuererträgen der Gegenwart von Munitionslieferungen enthalten.

Der Geldmarkt zeigt trotz zahlreicher Investitionen eine ziemlich Flüssigkeit. Eine Eisenbahnleihe der Regierung in Höhe von 40 Mill. Yen und eine kleinere Anleihe für eine Zweigstrecke der Südmandschurischen Eisenbahn wurden mit Leichtigkeit untergebracht. Man trägt sich mit dem Gedanken, zwei große Banken für Erschließung Chinas, die Chinesisch-japanische und die Mandschurische Bank zu gründen, und steht augenblicklich wegen einer großen Anleihe mit der chinesischen Regierung in Unterhandlung, deren Bedingungen eine vollständige Kontrolle der chinesischen Finanzwirtschaft einschließen, was die Chinesen bis jetzt davon abgehalten hat, darauf einzugehen.

Ende Juli 1916. Dr. oec. publ. Heber.

III. MITTEILUNGEN

AUS LITERATUR UND PRAXIS; BUCHBESPRECHUNGEN.

WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFT UND -POLITIK.

Das deutsch-österreichisch-ungarische Wirtschafts- und Zollbündnis. Von C. Irresberger. Eine Studie mit besonderer Berücksichtigung des österreichisch-ungarischen Standpunktes. 39 Seiten. Berlin 1916, Julius Springer. Preis 80 Pf.

Das Interesse für die Anknüpfung engerer wirtschaftlicher Beziehungen zwischen Deutschland und der österreichisch-ungarischen Monarchie hat in den letzten Wochen die Hochflut literarischer Veröffentlichungen über diesen Gegenstand noch weiter ansteigen lassen. Die vorliegende Schrift des ehemaligen Gießerei-Direktors Ing. Carl Irresberger verdient aber aus der Menge jener Schriften besonders hervorgehoben zu werden, weil sie in ihrer erfreulichen Offenheit nicht nur auf Lichtpunkte im österreichisch-ungarischen Wirtschaftsleben hinweist, sondern auch mit bemerkenswerter Selbstkritik die Schäden, deren Abstellung unbedingt notwendig erscheint, in durchaus sachlicher Weise schildert. Irresberger ist

zwar ein Freund der Zolleinigung, aber er weiß, daß eine derartige Vereinigung erst möglich sein wird, wenn diesseits und jenseits der Grenzpfähle gleiche wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten geschaffen werden. Deshalb fordert er energisch die Beseitigung der zahlreichen das österreichisch-ungarische Wirtschaftsleben niederhaltenden Hemmnisse. Irresberger gehört zu denjenigen, welche in der gleichen Weise, wie kürzlich der preussische Handelsminister Sydow, an die ganze Frage mit ruhiger Sachlichkeit und Nüchternheit herantreten. Für deutsche Leser von besonderem Interesse ist die Darstellung der Verhältnisse in der österreichischen Industrie, die durch eine ihr wenig förderliche Gewerbe-, Verkehrs- und Steuerpolitik vielfach gehemmt worden ist. Auch Irresberger spricht sich nicht für eine sofortige wirtschaftliche Vereinigung der beiden Reiche aus, sondern er betont, daß es einer Uebergangszeit bedürfte, um allmählich einen Ausgleich zu bewirken. Seiner Ansicht nach wür-

de schon eine fünfjährige Uebergangsfrist genügen, um die wirtschaftliche Gesetzgebung Oesterreich-Ungarns der deutschen anzupassen und gleichzeitig einen allmählichen Abbau der Zwischenzölle herbeizuführen.

Der Verfasser betont ferner mit vollem Recht, daß ein gemeinsames Gebiet Oesterreich-Ungarns und des Deutschen Reiches noch nicht alle Vorbedingungen für ein unabhängiges weltwirtschaftliches Dasein biete. Ein Anschluß anderer Staaten an Deutschland und die Donaumonarchie in wirtschaftlicher Hinsicht erscheint ihm aber auch ohne eine vorherige Einigung zwischen den beiden ver-

bündeten Staaten selbst nicht möglich.

Die Schrift kann trotz ihres vielleicht etwas zu optimistischen Charakters als Einführung in das große Gebiet der künftigen deutschen Weltwirtschaftspolitik empfohlen werden, jedoch muß man sich darüber klar sein, daß Oesterreich-Ungarn zwar ein für Deutschland besonders wichtiges Wirtschaftsgebiet darstellt, daß aber eine ganz einseitige wirtschaftliche Orientierung nach dem europäischen Südosten nicht im Interesse des zukünftigen deutschen Welthandels liegen kann.

H. G.

WELTWIRTSCHAFT.

Englands Handelskrieg und die Chemische Industrie. Von Prof. Dr. A. Hesse und Prof. Dr. H. Großmann. Stuttgart 1915, F. Enke. 404 S. 12 M.

Das als „Kriegsheft“ der „Sammlung chemischer und chemisch-technischer Vorträge“ erschienene Werk über Englands Handelskrieg und die chemische Industrie enthält Vorträge, Aufsätze und Parlamentsverhandlungen, die sich vorzugsweise mit dem Problem der Förderung der chemischen Industrie in England beschäftigen. Da die Originalliteratur gegenwärtig in Deutschland nur wenigen zur Verfügung steht, so dürfte eine Wiedergabe dieser Veröffentlichungen einem allgemeinen Interesse entsprechen. In der Tat ist auch diese Veröffentlichung nicht nur in der chemischen Fachpresse in Deutschland, sondern auch im neutralen Ausland, vor allem in der Schweiz und in Holland, als überaus wertvoll zur Beurteilung der Verhältnisse in der chemischen Industrie Englands bezeichnet worden. Besonders hat der holländische Chemiker Prof. van Dorp in einem ausführlichen Aufsatz in der Zeitschrift „Chemisch Weekblad“ 1916 Bd. 13 Heft 6 S. 142 bis 148 darauf aufmerksam gemacht, „daß, wer seinen Weg in der chemischen Industrie, sei es als Industrieller oder als Student, finden wolle, es nicht unterlassen solle, Bücher wie der „Handelskrieg“ von Hesse und Großmann, „Deutschlands chemische Industrie“ von Lep-

sus oder „Wissenschaft und Technik“ von Duisberg zu lesen. Diese Werke zeigen die große Wichtigkeit, welche ein Land durch die Entwicklung seiner chemischen Industrie erlangt, und die Gefahren, denen es sich aussetzt, wenn es in dieser Entwicklung zurückbleibt. Sie lehren ferner, wieviel andere wichtige Umstände von der chemischen Industrie abhängen. Alle diese Lehren sollten nicht allein technischen Chemikern bekannt sein, sondern hauptsächlich Nationalökonomien und allen denen, die auf die Entwicklung der chemischen Industrie einen Einfluß haben können, wie wissenschaftliche Chemiker und Physiker, Kaufleute, Bankiers, Staatsbeamte und Juristen. Auf jeden Fall müssen Chemiestudierende, angehende Juristen und Handelshochschulstudenten wissen, was in diesen Büchern steht.“

Als besonders lehrreich wird ferner das Buch über den Handelskrieg bezeichnet, weil es die Tatsachen, die den gewaltigen Aufschwung der deutschen chemischen Industrie bewirkten, den Ursachen gegenüberstellt, die die Rückständigkeit der englischen chemischen Industrie bewirkt haben. Diese Ursachen sind nach van Dorp: „Eine bessere chemische Ausbildung in Deutschland, großer Arbeitseifer, genügende Bewertung der wissenschaftlichen chemischen Hilfe durch den deutschen Fabrikanten, hin-

gegen ungenügende Bewertung durch den „praktischen Engländer“, die Auswahl der richtigen sachverständigen Personen für die Leitung der Fabriken, ein gutes Zusammenwirken zwischen den Banken und der Industrie, eine zweckmäßige Alkoholgesetzgebung, günstige Tarife und Ueberwiegen kapitalkräftiger Gesellschaftsunternehmen gegenüber den zersplitterten Einzelwerken in England.“ Da diese Mißstände in sehr offener Weise in den einzelnen Aufsätzen kritisiert werden, ist immerhin zu erwarten, daß infolge des Krieges auch in der englischen chemischen Industrie allmählich eine Aenderung dieser Verhältnisse erfolgen wird. Es sei endlich noch erwähnt, daß die englischen Gelehrten mit Ausnahme eines Sir William Ramsay in ihren Aufsätzen Deutschland volle Gerechtigkeit widerfahren lassen.

Auch der Ingenieur wird diese einzelnen, auch volkswirtschaftlich überaus interessanten Aufsätze nicht ohne Nutzen lesen, unso mehr, als auch einzelne ingenieurtechnische Fragen darin besprochen sind. Darüber hinaus ist aber besonders die allgemeine Frage der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen und der englischen Volkswirtschaft behandelt worden, wie ein Aufsatz über den Krieg und den englischen Ingenieur zeigt, der im August und September 1914 erschienen ist und bereits in programmatischer Form die späteren Gedanken des neuerdings so viel befürworteten Handelskrieges enthält. Gerade dieser Aufsatz gibt auch ein Bild von den Bestrebungen in der englischen Maschinenindustrie in den ersten Wochen des Krieges.

Außer diesen englischen Aufsätzen sind noch einige wichtige Ausführungen amerikanischer, italienischer und russischer Chemiker wiedergegeben, die ebenfalls erkennen lassen, daß die chemische Industrie im feindlichen und neutralen Ausland unter dem mangelnden Bezug deutscher Waren sehr zu leiden hat. Eine allgemeine Einführung zum Verständnis der Gesamtlage ist von den Bearbeitern selbständig beigezeichnet worden.

In einem zweiten Bande, der in einigen Monaten erscheinen wird, werden

außer neueren englischen Beiträgen, die das Bild noch vervollständigen, vor allem auch französische Aufsätze wiedergegeben werden, die den Bearbeitern erst später zugänglich geworden sind.
H. G.

Das Problem der Europäisierung orientaler Wirtschaft, dargestellt an den Verhältnissen der Sozialwirtschaft von Russisch-Turkestan. Von Reinhard Junge. (Erste außerordentliche Veröffentlichung des „Archiv für Wirtschaftsforschung im Orient“.) Weimar 1915, Gustav Kiepenhauer. 516 S. und 4 Karten. Preis 8 M.

Dieses — um es vorweg zu sagen — epochemachende Werk verdient die größte Interesse der Gelehrten und Praktiker. In erster Linie handelt es sich allerdings um wissenschaftliche Probleme, die hier zum ersten Male gestellt werden. Was in Frage steht, ist dies: Wie ereignet sich der Zusammenprall hochentwickelter mit primitiverer Wirtschaft, welche Eigentümlichkeiten, welche Folgen und Gesetzmäßigkeiten treten dabei auf? Junge erforscht diesen Zusammenstoß beim Sonderfall Okzident-Orient unter Heranziehung zahlreicher Parallelen am Musterbeispiel Rußland-Turkestan, weil sich gerade hier — ähnlich wie in Aegypten — schon seit einem Menschenalter der Prozeß entwickelt hat, der heute innerhalb des mitteleuropäischen Wirtschaftsblockes, insbesondere zwischen Deutschland und der Türkei, sich zu entwickeln beginnt. Die Neuheit des Problems und die Unbekanntheit der Verhältnisse zwingen den Verfasser zunächst zu grundsätzlichen und methodologischen Erörterungen (S. 1 bis 18) und zum Aufbau eines Systemes orientaler Wirtschaft (S. 19 bis 285), wovon der erste Teil die Entwicklungsgrundlagen, der zweite die Gestaltung der modernen turkestanischen Sozialwirtschaft vor der Russenherrschaft unter Herausarbeitung der allgemein-orientalischen Verhältnisse bzw. Unterschiede behandelt. Der Rest der Untersuchungen erforscht den Wirtschaftszusammenstoß selbst, und zwar in der ersten Phase rein politischen russischen Einflusses (von 1863 bis 1884) und in der zweiten Phase des seitherigen praktischen Eindringens der russischen Volkswirtschaft; hier-

von wird nur erst die erste Periode, die der rein händlerischen Beeinflussung (bis 1900), dargestellt. Der Rest ist einem zweiten Bande vorbehalten, während der Schlußband dann den kulturellen Wirkungen der Wirtschaft gewidmet werden soll.

Das ist in großen Zügen eine Skizze des Werkes. Sie läßt kaum seinen Reichtum an Wissen, Erfahrungen und großzügigen Gedanken, an neuen Erkenntnissen und tiefen Einblicken in den Wirtschaftsorganismus und das Wesen der Orientalen ahnen. Abgesehen vom Grundproblem und der glücklichen Synthese vieler Einzelerkenntnisse verschiedener Wissenschaften sowie verschiedener praktischer Wirtschaften des Orients zum System allgemein-orientalischer Wirtschaft werden dem Gelehrten zahlreiche neue Theorien, z. B. von der Aufgabe der Wirtschaftswissenschaft, vom wirtschaftlichen Gleichgewicht, dem wirtschaftlichen Denken des Orientalen, seinem Bedürfnis nach Anerkennung u. a. geboten. Zugleich werden aber auch die Einzelprobleme orientalischer Wirtschaft gestellt und so die Erforschung all dieser Fragen nachhaltigst angeregt. Leider kam hierdurch ein schwerer Stil mit häufigeren Wiederholungen hinein.

Da Deutschland aber heute aus staatspolitischen Bedürfnissen praktisch an der Lösung dieser Probleme beteiligt ist, haben Junge Untersuchungen für Techniker, Fabrikanten und Kaufleute das größte Interesse als zuverlässige Berater und Wegweiser. Sie lehren die orientalische Wirtschaft verstehen und warnen eindringlich vor ihren Gefahren für den europäischen Händler.

Diese liegen vor allem auf dem Gebiete des Kreditwesens und des Geldverkehrs, aber auch im persönlichen Auftreten, in der Wahl des Ausfuhrsgutes, in der Neuartigkeit technischer Erfordernisse, z. B. der Bewässerungs-, Landbau- und Straßenbautechnik. Das Beispiel der Bewässerungstechnik zeigt aber auch, wie nur eingehende Studien der als primitiv verkannten einheimischen Methoden erfolgreiche Anlagen versprechen. Hier haben die Russen viel Lehrgeld zahlen müssen: ihre Staubecken waren bald vom Geröll der Gebirgsbäche angefüllt, oder die Betonstaudämme und Kanalköpfe wurden von deren Gewalt fortgerissen, wo die einheimischen Geflechte standhielten. Wirtschaftsgrundlagen und die darüber im Orient hochentwickelte Kultur sind uns eben vielfach noch fremd; für ihr Verständnis ist Junge ein liebevoller Vermittler. Weiter entwickeln seine Ausführungen den Einfluß des Steuerpacht-systemes, des Wuchers, freihändlerischer Zollpolitik und des Wechsels der Weltlage auf die Wirtschaft und begründen hiermit, wie durch die Beurteilung von Volkscharakter und Islam, die Hoffnung auf eine ernsthafte Wirtschaftsentwicklung der Türkei, verschwiegen jedoch auch nicht die zahlreichen Schwierigkeiten. Der Einsichtige und Besonnene aber vermag ihrer Herr zu werden, besonders wenn er nie unterläßt, in Anerkennung der großen wirtschafts- und staatspolitischen Erfordernisse sich dem naturnotwendigen System deutsch-orientalischer Wirtschaftsbeziehungen und türkischer Wirtschaftsreform einzufügen.

Hugo Tillmann.

HANDEL UND VERKEHR.

Bilanz und Steuer. Von Reisch und Kreibitz. Grundriß der kaufmännischen Buchführung unter besonderer Würdigung ihrer wirtschaftlichen und juristischen Bedeutung. Dritte, unter Mitwirkung von H e r s c h m a n n neu bearbeitete und erweiterte Auflage. 1. Band: Einfache und doppelte Buchführung bei Privatunternehmungen. Wien 1914. 419 S. 2. Band: Die Buchführung der öffentlichen

Rechnung legenden Unternehmungen. Wien 1915. 491 S. Manzsche Buchhandlung. Preis des Bandes geb. 11,10 M.

Der Titel dieses umfassenden Werkes deutet wohl die besondere Veranlassung an, aus der es seinerzeit entstanden ist, gibt aber keine richtige Vorstellung von seinem Inhalt. Während in der einschlägigen Literatur die Fälle nicht selten sind, wo der Titel wesentlich über den Inhalt hin-

ausgeht, ist hier — eine bemerkenswerte Ausnahme — das Umgekehrte der Fall. Es handelt sich bei diesem groß angelegten Werke nicht nur um eine Abhandlung über die Nutzarmachung der Buchhaltung und der Bilanz für die Steuerveranlagung, sondern in Wirklichkeit um einen umfassenden Grundriß der Buchhaltungs- und Bilanzlehre mit besonderer Berücksichtigung steuerlicher Gesichtspunkte.

Das Werk ist zwar von Oesterreichern für österreichische Verhältnisse geschrieben, aber das hat, abgesehen von den steuertechnischen Abschnitten, denen ausschließlich österreichische Steuerbestimmungen zugrunde gelegt wurden, für Nichtösterreicher keine besondere Nachteile, weil die Verfasser sonst überall auch die mit der österreichischen meist übereinstimmende deutsche Gesetzgebung über die Buchhaltung, die Bilanz und die Handelsgesellschaften berücksichtigt haben, ja sogar in einzelnen Fällen, wo dies in der Natur der Dinge lag, z. B. hinsichtlich der Bewertungsgrundsätze für die Bilanzen der Aktiengesellschaften, die deutsche Gesetzgebung zum Ausgangspunkte ihrer Darlegungen nahmen.

Zwischen den beiden Bänden ist der Stoff im wesentlichen so verteilt, daß der erste Band die Buchhaltung und der zweite die Bilanz behandelt. So enthält der erste Band die Lehre von der einfachen und der doppelten Buchhaltung nebst ihrer Anwendung auf Kommissions-, Speditions-, Fabrik-, Bank- und landwirtschaftliche Betriebe, daneben aber auch die Buchhaltung der Personengesellschaften (offene Handels-, Kommandit-, stille Gesellschaft), deren Besonderheiten im Grunde eigentlich Bilanzfragen sind, und dazu noch am Schluß den wichtigen Abschnitt über die Bilanzbewertungen — hier wohl nicht ganz zutreffend Bewertungen im Inventar genannt —, die besser im zweiten Band untergebracht wären.

Abgesehen von zwei Abschnitten steuertechnischen Inhaltes sind beide Bände gegenüber der zweiten Auflage im wesentlichen unverändert ge-

blieben. Dies gilt insbesondere für den Abschnitt Fabrikbuchhaltung.

Das Buch gehört zu den grundlegenden Werken über Buchhaltung und Bilanz und kann nur empfohlen werden.

Univ.-Prof. Dr. Calmes,
Frankfurt a. M.-Oberursel.

Die Bilanz der preußischen Staatseisenbahnen. Von Dr. phil. et jur. Richard Passow, Professor an der Technischen Hochschule zu Aachen. Stuttgart 1916, Ferdinand Enke. 117 S. Preis geh. 4,60 M.

Dieses als 21. Heft der finanzwirtschaftlichen Zeitfragen erschienene Buch befaßt sich mit einem überaus reizvollen und interessanten, kaum bisher in diesem Umfange behandelten Kapitel der Bilanzwirtschaft. Der Verfasser hat sich bemüht, in strengster Objektivität das über den Gegenstand vorhandene Material in knapper, anschaulicher Form zusammenzustellen, ohne doch darum auf eine kritische Beurteilung zu verzichten. Zu hoffen ist, daß unsere Staatsbahnverwaltung den von ihm gewiesenen Weg geht, eine mehr kaufmännische Bilanz zu veröffentlichen. Der Verfasser erkennt die Aufstellung einer Bilanz für die preußische Staatsbahn als Fortschritt in der Rechnungslegung an. Eine Reihe von Bilanzzahlen und das Bilanzschema als solches geben ihm dagegen zu kritischen Bemerkungen Anlaß. Er wünscht eine Aenderung des Bilanzschemas oder doch seine ausführlichere Gestaltung, sowie vor allem auch eine Erläuterung, die in der bisherigen Bilanz nicht gegeben wird. Stichhaltige Gründe lassen sich nach seiner Ansicht gegen eine Verbesserung der Bilanzaufstellung kaum geltend machen. Die preußischen Staatsbahnen haben sich nicht nur organisatorisch, sondern auch finanziell so glänzend entwickelt, daß dies in einer verbesserten Bilanzaufstellung nur noch klarer und deutlicher hervortreten würde. Ein wesentlicher Teil der Untersuchung ist neben den Aktiven auch der Bildung des Reinvermögens der preußischen Staatsbahnen gewidmet.

J. Mendel.